

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Per Fax an 0201-7992-7302

## Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen Berufungsgericht zu Mehrfach- Gerichtsbescheid

L 5 P 110/24

L 5 P 105/24

Zweigertstraße 54  
45130 Essen

Velbert, 20.Juli 2024

Berufung vom 15.Juni 2024 wegen Anfechtung von  
brutal verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden,  
termingerecht abgegeben mit Eingangsstempel vom 24.06.2024

-----  
Aktenzeichen

**L 5 P 110/24:** S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

**L 5 P 105/24:** S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

Rechtsstreit

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G, Sozialversicherungsträger  
(Krankenversicherung und hier **Pflegeversicherung**), vertreten durch  
Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger, Berufungsbeklagter  
vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**,  
Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),  
unterstützt von **weisungsgebundenen Staatsanwälten**,  
mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer,  
mit judikativem Service für die Richter,  
unter Weisungsdruck durch das **wegen politisch motivierter  
Zerschlagungen beklagten Bundeskanzleramt (Bundesrepublik  
Deutschland)**  
gegen

Albin L.Ockl, Beklagter und Berufungskläger, Opfer  
**politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher  
Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin  
(1998-2005-2021)**

**Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:**

Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 gegen

**Rentner im 83.Lebensjahr,**

Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011, als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, seit über 25 Jahren, mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“, mit Pfändungen auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon), ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz.

**Hier: Stellungnahme zu**

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024 (eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024 (eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den Reichsbürgerschwachsinn einzugehen“.

**> > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung unterdrückt wird.**

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Begründung in fortlaufender Nummerierung

**LSG-54. Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24 im Kontext von Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-Strafverfahren), am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige Mahnverfahren), am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide. Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung hat sich nicht erlaubt, sondern ist gezwungen, verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf zusammenzufassen zu einem Berufungsverfahren mit 2 Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24) wegen einheitlicher Begründung, um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem fortgeschrittenem Lebensalter ohne rechtsanwaltliche Unterstützung zu leisten und eine qualifizierte Abwehr gegen Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre Abwehrfunktionen nicht respektiert werden. Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung: Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an Beweismittel und Zeugen. > > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung unterdrückt wird.**

Mit Schreiben vom 18.07.2024 wird vom Landessozialgericht die Begründung der Berufung L 5 P 110/24 vom 26.06.2024 angefordert. Der Berufungskläger hat eine einheitliche, qualifizierte Begründung zum **Mehrfach-Gerichtsbescheide-Berufungsverfahren erstellt**. Mit dieser Stellungnahme wird ein 2.Exemplar für L 5 P 110/24 / L 5 P 105/24 zugesandt.

Mit diesem Berufungsverfahren wird nachgewiesen, dass alle Gerichtsbescheide und Berufungsurteile bisher verfassungswidrig sind, weil Grundrechte nicht respektiert werden, europäische Menschenrechte mit Füßen getreten werden und mit einem Datenschutz-Skandal der Rechtsanwälte des Berufungsbeklagten in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, ihren Helfern und mit dem SCHUFA-Vorstand

Es wird darauf verwiesen, dass es darum geht:  
**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

**unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks  
mit Wissen aller Intendanten  
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an  
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)  
mit sozialer Zerschlagung und Datenschutz-Skandal in Folge.**

„**Reichsbürgerschwachsinn**“ ist nicht nachvollziehbar, weil die  
beschuldigten Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

keinen Kaiser-Titel tragen, und darüber hinaus

**> 75 Jahre Grundgesetz >** gefeiert und angemahnt wurde:

**Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum.**

Es ist bemerkenswert, dass der Prozessbevollmächtigte des  
Berufungsgegners derartige **Anpöbeleien** vor einem  
Landessozialgericht ohne Repektierung des Grundgesetzes (Art. 1  
Abs. 1 GG) vollziehen darf. Wer Grundrechte in dieser Art und Weise  
nicht respektiert, der hat auch keinen Respekt vor dem Alter des  
Berungsklägers, der ein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen  
nachweisen kann: Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen

**Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa.**

„**Hass**“ als Klagemodell mit „**Hass im SCHUFA-Netz**“ ist **dezidiert  
zu verurteilen.**

„**Hass**“ in Verbindung mit einem **Datenschutz-Skandal** ist  
**dezidiert zu verurteilen.**

Darüber hinaus:

**Es ist ernsthaft anzunehmen**, dass die vorgelegten Zahlen, die am  
Amtsgericht Mayen von den Rechtsanwälte überhaupt nicht  
vertauenswert sind. In diesem Zusammenhang sind weitere  
Argumente ernsthaft vorzubringen. **Die Mahnverfahren des  
Amtsgerichtes Mayen zu verfassungswidrigen  
Sozialversicherungen sind ebenfalls verfassungswidrig.**

LSG-55. > > > Antrag auf Zeugenvernehmung wegen  
**Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz:**

**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessischer Beauftragter  
für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,  
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,  
Congressleiter ONLINE 1999, zuständig für  
Widerspruchsverfahren im SCHUFA-Netz

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf)

Leiter von Congress IV der Europäischen Congressmesse  
ONLINE'99 und

Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes (ISBN 3-  
89077-195-5): Telekommunikations-Sicherheit & Helpdesk-  
Management

**Europäisches Menschenrecht auf Datenschutz (Art.8 EMRK),  
Datenschutz** ist ein weltweites Grundrecht – Allgemeine Erklärung der  
**Menschenrechte** der Vereinten Nationen, Artikel 12.

Datenschutz-Skandal: Datenschutz basiert auf Richtigkeit und  
Integrität der Daten. Opfer-Daten mit hohem Schutzbedarf werden  
**hier mit Nonstop-Bußgeldverfahren und sozialgerichtlichen  
Verfahren seit 2011 absichtlich zu Täterdaten transformiert,**  
> weil mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott  
Rehabilitierung und Schadenersatz für 25 Jahre politisch  
motivierte Zerschlagungen verhindert werden und dadurch  
**Opferdaten mit hohem Schutzbedarf in Täterdaten verfälscht  
werden (Datenverfälschung),**

> weil politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer  
Zerschlagung durch Helfer und Helfershelfer  
weisungsgebundener Staatsanwälte fortgesetzt  
werden, dies Gerichte übergreifend und außergerichtlich z.B. mit  
„Hass im SCHUFA-Netz“, mit Psycho-Terror, mit Polizei-Terror,  
zweimal mit Freiheitsberaubung u.a. nach Bedarf

> weil durch soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen  
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen  
seit 2010 Menschenrechte mit Füßen getreten werden,

> weil soziale Zerschlagung mit sozialer Diskreditierung, sozialer  
Ausgrenzung, sozialer Diskriminierung mit verfassungswidrigen  
SCHUFA-Eintragungen befeuert und maximiert wird

> weil Rentenplünderungen (über 500 € pro Monat) gegen einen  
Rentner im 83.Lebensjahr erzwungen werden, wegen  
verfassungswidriger Sozialversicherungen, durch Helfer von  
weisungsgebundenen Staatsanwälten, unter Weisungsdruck der  
beklagten Bundesregierung auf einem Pfändungsschutzkonto  
wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen, dies auch  
entgegen den Abwehr-Funktionen der Grundrechte.

Sieh Anlage LSG-30 Seite 2

**Leihgabe** aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach  
Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99**, der 22.Europäischen  
Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche)  
mit Congress IV unter Leitung von

**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Der Hessische Beauftragte für  
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,  
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,  
Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf  
Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal  
mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

„Es tut nicht weh, wenn es andere trifft:

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zu sozialer Aussperrung und Isolierung mit SCHUFA-Eintragungen, im Umfeld von Digitalisierungsnotstand, Sicherheitsnotstand, Energienotstand, Infrastruktur-Notstand, Klima-Notstand . . . In diesem Zusammenhang sind SCHUFA-Eintragungen ohne Wissen des Betroffenen kein geeignetes Instrumentarium, sondern eine verfassungswidrige Beteiligung an den politisch motivierten Zerschlagungen.“**

So in seinem Schreiben vom 10.Feb.2024 an

**Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Herrn Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel** zuständig für das Widerspruchsverfahren gegen SCHUFA  
Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel ist qualifizierter Zeuge in einer ansehnlichen Zeugenliste, als Congressleiter der ONLINE 1999, Hessischer Datenschutzbeauftragter seit 2020: Sieh **Anlage LSG-07 Kapitel 45. (41.Aktualisiert wegen Datenschutz) Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 131/140)

Das Justizopfer persönlich hat die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland ausgebildet, da war das BDSG noch im Entstehen und der Prozessbevollmächtigte : : : Es ist Sache des Gerichtes, weitere Diskriminierungen mit Einzeilern ohne Begründung zu unterbinden und zu bewerten.

**Hier werden SCHUFA-Eintragungen zum Zwecke des Verbraucherschutzes vorsätzlich missbraucht für soziale Zerschlagung als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder** erzwungen von SCHUFA-Eintragungen der RAe des **Prozessbevollmächtigten**, die sich mit „Reichsbürgerschwachsinn“ nicht auseinandersetzen wollen, in Kumpanei mit **weisungsgebundenen Staatsanwälten und ihren Helfern sowie dem willfährigen SCHUFA-Vorstand Dr. Ole Schröder, . . . . .****

Sieh Kapitel

**LSG-52. > 75 Jahre Grundgesetz > Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum**

**Seit 2010 (71.Lebensjahr): Nonstop–Gerichtsverfahren, Gerichte übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, an Verwaltungsgerichten Regensburg, Düsseldorf und Berlin, am Sozialgericht Düsseldorf, alle bis zum Bundesverfassungsgericht**

**> > > Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Maximierung gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit monatlicher Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto, dieses zum Schutz gegen staatliche Übergriffe erzwungen, und mit**

„öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen

„Verbraucherschutz“

durch Rechtsanwälte des Klägers, verantwortlich für Soziale Zerschlagung mit Eskalation von verfassungswidrigen Sozialversicherungen zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diffamierung und sozialer Aussperrung, mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit einem ehemaligen Mitglied der Bundesregierung (heute SCHUFA-Vorstand für Politik und „Datenschutz“)

**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessische Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 (Anlage LSG-30)

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf)

> > > Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99

**Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz:**

Kein Datenschutz ohne Opferschutz > > > **Datenschutz-Skandal** durch Täter/Opfer-Umkehr

Opfer wird zum Täter kriminalisiert > > > **Datenschutz-Skandal** durch Opferkriminalisierung-Wahnsinn

Ohne Rehabilitierung und Schadenersatz > **Datenschutz-Skandal** durch judikativen Boykott und durch staatsanwaltliche Sabotage, durch „öffentlichen Hass im SCHUFA-Netz“ unter Vortäuschung von „Verbraucherschutz“.

Datenschutz-Skandal: Datenschutz ohne Opferschutz mit „Hass im SCHUFA-Netz“ ausgehebelt durch Kumpanei von weisungsgebundenen Staatsanwälten, RAe des klagenden Sozialversicherungsträgers und durch Mitglied der beklagten Bundesregierung unter Altbundeskanzlerin (SCHUFA-Vorstand). Maximaler Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung: Opferdaten werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges Verweigern von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen.

**Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide**

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

ausschließlich verursacht durch

über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen mit

Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2010 (70.Lebensjahr) nach

Niederschlagung von Petitionen am Deutschen Bundestag und

am Bayerischen Landtag

unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder mit Immunitätsschutz

jetzt (2024) gegen Rentner im 83.Lebensjahr

**mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-**

**Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit den**

**Europäischen Congressmessen für digitales**

**Innovationswachstum, ohne Immunitätsschutz.**

Datenschutz: Opfer ist kein Täter,

Kläger und seine Rechtsanwälte sind Mittäter von politisch

motivierter Zerschlagungen (von weisungsgebundenen

Staatsanwälten gestützt) und daher zu dezidiert zu verurteilen,

Zu verurteilen: Von sozialer Zerschlagung mit

verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu

Versicherungsleistungen seit 2010 bis zu sozialer Aussperrung

mit „öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen geheicheltem

Verbraucherschutz, tatsächlich ohne Opferschutz mit

**Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, dieses zum Schutz vor staatlichen Übergriffen**

> Ekelhaft: Opfer-Verhöhnung ohne Respekt vor Grundrechten (Art.1 Abs.1 GG u.a.), massive Verletzung des Europäischen Menschenrechts auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK  
Zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Vorrang für grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art. 34 GG.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 299)

**Deutsches Grundgesetz fordert Gleichheit vor dem Gesetz:**

Jegliche Kosten gemäß Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 13.06.2024 (Aktenzeichen 7244015-1) als Anlage der Mitteilung des Sozialgerichts vom 14.06.2024 (eingegangen am 21.06.2024) sind rechtswidrig und verfassungswidrig, weil Gleichheit vor dem Gesetz. Der Beklagte ist seit 2010 (70.Lebensjahr) gezwungen, ohne Rechtsanwalt alle Klagen eines verfassungswidrig agierenden Soziversicherungsträgers zurückzuweisen. Darüber hinaus:

**Unter Hinweis auf Berufungsverfahren am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Schriftsatz vom 15.Juni 2024:**

**Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat für Gerichte übergreifende Nonstop-Hetzjagd von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung seit über 12 Jahren**

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) mit einer Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012)**

**unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), mit Eskalation der sozialen Zerschlagung (Z4) im 83.Lebensjahr zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diskreditierung und sozialer Aussperrung, mit judikativem Boykott und staatsanwaltschaftlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit einem verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal der Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers (aktuell 2024) in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Helfern und Helfershelfer inkl. SCHUFA-Vorstand, einem ehemaligen Mitglied der Bundesregierung im Kabinett Merkel II, verantwortlich für Niederschlagung von parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010-2011),**

**Sozialversicherungsträger betreibt soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,**

**Verfassungswidrige Nonstop-Bußgeldverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert seit 2011 mit Freiheitsberaubung, Polizei-Terror und Psycho-Terror sind Teil des bundesweiten Datenschutz-Skandals unter SCHUFA-Beteiligung.**

**Jetzt erweitert mit > > > verfassungswidrigen Mahnverfahren des Amtsgerichtes Mayen zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen**

Das Landessozialgericht sollte nicht abwimmeln, sondern endlich dem verfassungswidrigen Treiben ein Ende setzen, mit einer mündlichen Abschluss-Verhandlung:

**Datenschutz-Skandal mit totalem Versagen von 3 Amtsgerichten gegen Rentner im 83.Lebensjahr: Daher**

**> Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG anzunehmen:**

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

**Rechtsanwendungen von Gesetzen ohne Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig.**

Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen ist ohne Bedeutung bei verfassungsrechtlichen Bewertungen, weil kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat.

Velbert, 20.Juli 2024



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

**Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in **1986, 1987, 1988** Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums**

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

**Anlage LSG-30 Seite 2**

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete 1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22. Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz**

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024 (eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024 (eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den „Reichsbürgerschwachsinn“ einzugehen“. Ohne Begründung!

**Anlage LSG-27** (Schriftsatz vom 11.Juli 2024)

für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen L 5 P 110/24: Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 13.06.2024 (Aktenzeichen 7244015-1) als Anlage der Mitteilung des Sozialgerichts vom 14.06.2024 (S 31 P 457/23, eingegangen am 21.06.2024)

**Beiliegend:** 2.Exemplar der Begründung des Berufungsverfahrens:  
**L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)**  
**L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**Legende der sozialgerichtlichen Verfahren S 14 P 19/19, S 39 P 19/19, S 39 P 231/12) und nachfolgende mit Eskalation zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Eskalation zu einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln der Schriftsätze seit 2012 sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Dokumentation einsehbar:

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2f.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 15.Juni 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit termingerechter Anfechtung eines Mehrfach-Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 14.05.2024 (eingegangen am 24.05.2024 und am 28.05.2024) mit Berufung und Antrag auf Prozesskostenhilfe**

**LSG-51.** > 75 Jahre Grundgesetz > Europawahl zum 10.Mal in Deutschland

> Anlass um anzumahnen:

Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

**mit Wissen aller Staatsorgane**

**mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer**

unter persönlicher Verantwortung von

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

**unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

**mit Wissen aller Intendanten**

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an

Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

**Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert durch herausragendes Lebenswerk > > >**

**Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).**

> **Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovations Schwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)**

> > > **ONLINE Congressbände 1976 – 2003**

> > > **<http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=5>**

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:**

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), letzte Congressmesse in 2003 erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch

motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus

ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,

dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss und einen diskriminierenden Opferkriminalisierung-Wahnsinn aushalten muss,

> das seit 2010 (70.Lebensjahr) totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen muss trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung .

**LSG-52.** > 75 Jahre Grundgesetz > Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum

Seit 2010 (71.Lebensjahr): Nonstop–Gerichtsverfahren, Gerichte übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, an Verwaltungsgerichten Regensburg, Düsseldorf und Berlin, am Sozialgericht Düsseldorf, alle bis zum Bundesverfassungsgericht

> > > Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Maximierung gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit monatlicher Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto, dieses zum Schutz gegen staatliche Übergriffe, und mit

„öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen „Verbraucherschutz“

durch Rechtsanwälte des Klägers, verantwortlich für

Soziale Zerschlagung mit Eskalation von verfassungswidrigen

Sozialversicherungen zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diffamierung

und sozialer Aussperrung, mit Unterstützung durch

weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten

Bundesregierung und mit einem ehemaligen Mitglied der Bundesregierung

(heute SCHUFA-Vorstand für Politik und „Datenschutz“)

**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessische Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,

Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,

Congressleiter ONLINE 1999

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf)

> > > Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99

**Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz:**

Kein Datenschutz ohne Opferschutz > > > **Datenschutz-Skandal**

durch Täter/Opfer-Umkehr

Opfer wird zum Täter kriminalisiert > > > **Datenschutz-Skandal**

durch Opferkriminalisierung-Wahnsinn

Ohne Rehabilitierung und Schadenersatz > **Datenschutz-Skandal**

durch judikativen Boykott und durch staatsanwaltliche Sabotage,

durch „öffentlichen Hass im SCHUFA-Netz“ unter Vortäuschung von „Verbraucherschutz“.

**Datenschutz-Skandal:** Datenschutz ohne Opferschutz mit „Hass im SCHUFA-Netz“ ausgehebelt durch Kumpanei von weisungsgebundenen Staatsanwälten, RAe des klagenden Sozialversicherungsträgers und durch Mitglied der beklagten Bundesregierung unter Altbundeskanzlerin (SCHUFA-Vorstand).

**Maximaler Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung:** Opferdaten werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges Verweigern von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen.

**Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide**

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

**ausschließlich verursacht durch**

über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2010 (70.Lebensjahr) nach Niederschlagung von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

jetzt (2024) gegen Rentner im 83.Lebensjahr

**mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit den Europäischen Congressmessen für digitales Innovationswachstum**

**Datenschutz:** Opfer ist kein Täter, Kläger und seine Rechtsanwälte sind Mittäter von politisch motivierter Zerschlagungen und daher zu verurteilen, Zu verurteilen: Von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 bis zu sozialer Aussperrung mit „öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen Verbraucherschutz, ohne Opferschutz mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

> Ekelhaft: Opfer-Verhöhnung ohne Respekt vor Grundrechten (Art.1 Abs.1 GG u.a.), massive Verletzung des Europäischen Menschenrechts auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK

Zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Vorrang für grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art. 34 GG.

**LSG-53. > 75 Jahre Grundgesetz >**

**Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum**

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (Krankenversicherung und Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (70.Lebensjahr)

mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr

bis zu sozialer Aussperrung und

mit Opferkriminalisierung-Wahnsinn

zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“

Kläger verantwortlich für verfassungswidrige Sozialversicherungen und für Sabotage von Rehabilitierung und

Schadenersatz mit Gerichte übergreifenden,

seit 2011 andauernden Nonstop-Gerichtsverfahren wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen

mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen.

Aufteilung der Gerichtsverfahren auf Sozialgericht (Pflegeversicherung) und Amtsgericht (Krankenversicherung) ohne Sinn, weil gleiches Rechtsverhältnis,

nur um mit einer Maximierung von Gerichtsverfahren soziale Zerschlagung und effektiven Beitrag zu politisch motivierter Zerschlagung zu leisten.

**Soziale Zerschlagung ist Teil der**

**politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998,**

**erzwungen unter persönlicher Verantwortung von**

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

mit Wissen aller Staatsorgane

mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer

unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

mit Wissen aller Intendanten,  
unter Beteiligung des Klägers mit Unterstützung durch weisungsgebundene  
Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern für Missbrauch von  
verfassungswidrigen Sozialversicherungen für politisch motivierte  
Zerschlagung.

Mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an  
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012),  
mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage  
von Verfahren für Rehabilitierung und und Schadenersatz  
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG,  
nach Verhinderung von Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen  
mit

Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für  
digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa.

Opfer verhöhrender Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung: Opferdaten  
werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges und  
andauerndes Verweigern von rechtlichem Gehör zu über 25 Jahre politisch  
motivierten Zerschlagungen mit kapitalen Vermögensschäden, Todesopfer,  
Freiheitsberaubung mit Psycho-Terror, Polizei-Terror, mit Missbrauch von  
Mahnverfahren, Mahnbescheiden, Bußgeldverfahren, mit Gerichte und  
Instanzen übergreifender Rechtsbeugung, mit krimineller Rentenplünderung  
für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto  
(zum Schutz gegen staatliche Übergriffe gegen Rentner im 83. Lebensjahr).

**Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide**

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

**Rechtsverhältnis ohne Bedeutung, wenn in Rechtsanwendungen  
Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden  
Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach  
Art.20 Abs.4 GG anzunehmen:**

**Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben  
alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht  
möglich ist.**

**Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und  
grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig**

**Brutal verfassungswidrige Rechtsbescheide im Doppelpack mit  
deckungsgleicher Argumentation sind entschieden  
zurückzuweisen.**

**Alle Kosten dem Kläger anzulasten. Strafrechtliche Untersuchung der  
Vorgänge unter Verantwortung der Klägerseite und der  
weisungsgebundenen Staatsanwälte ist der Zukunft des Grundgesetzes  
geschuldet.**

**Anwendungen von Vertragsrecht ohne Respektierung von  
Grundrechten sind verfassungswidrig, also ohne Rechtskraft.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 15.Juni 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-  
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu**

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024  
(eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024  
(eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des  
Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der  
Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den  
Reichsbürgerschwachsinn einzugehen“

**LSG-54.** Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und

L 5 P 105/24 im Kontext von

Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen

am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am  
Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-  
Strafverfahren), am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige

Mahnverfahren),  
am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und  
am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-  
Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige Mehrfach-  
Gerichtsbescheide.

Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung hat sich  
nicht erlaubt, sondern ist gezwungen,  
verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines  
Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf zusammenzufassen zu  
einem Berufungsverfahren mit 2 Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P  
105/24) wegen einheitlicher Begründung,  
um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem fortgeschrittenem  
Lebensalter ohne rechtsanwaltliche Unterstützung zu leisten und eine  
qualifizierte Abwehr gegen Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre  
Abwehrfunktionen nicht respektiert werden.

Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und  
Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und  
Schadenersatz beklagten Bundesregierung:

Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer  
Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht  
im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem  
Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen  
grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach  
Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an  
Beweismittel und Zeugen.

> > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte  
mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung  
unterdrückt wird.

**LSG-55.** > > > Antrag auf Zeugenvernehmung wegen  
Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz:

**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessischer Beauftragter für  
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,  
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,  
Congressleiter ONLINE 1999, zuständig für Widerspruchsverfahren im  
SCHUFA-Netz

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE__99.pdf)

Leiter von Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und  
Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes (ISBN 3-89077-195-  
5): Telekommunikations-Sicherheit & Helpdesk-Management

**Europäisches Menschenrecht auf Datenschutz (Art.8 EMRK),**

**Datenschutz** ist ein weltweites Grundrecht – Allgemeine Erklärung der **Menschenrechte**  
der Vereinten Nationen, Artikel 12.

Datenschutz-Skandal: Datenschutz basiert auf Richtigkeit und Integrität der  
Daten. Opfer-Daten mit hohem Schutzbedarf werden hier mit Nonstop-  
Bußgeldverfahren und sozialgerichtlichen Verfahren seit 2011 absichtlich  
zu Täterdaten transformiert,

> weil mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott  
Rehabilitierung und Schadenersatz für 25 Jahre politisch motivierte  
Zerschlagungen verhindert werden und dadurch **Opferdaten mit  
hohemSchutzbedarf in Täterdaten verfälscht werden (Datenverfälschung),**

> weil politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung durch  
Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte fortgesetzt  
werden, dies Gerichte übergreifend und außergerichtlich z.B. mit „Hass im  
SCHUFA-Netz“, mit Psycho-Terror, mit Polizei-Terror, zweimal mit  
Freiheitsberaubung u.a. nach Bedarf

> weil durch soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen  
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010  
Menschenrechte mit Füßen getreten werden,

> weil soziale Zerschlagung mit sozialer Diskreditierung, sozialer

Ausgrenzung, sozialer Diskriminierung mit verfassungswidrigen SCHUFA-  
Eintragungen befeuert und maximiert wird

> weil Rentenplünderungen (über 500 € pro Monat) gegen einen Rentner im  
83.Lebensjahr erzwungen werden, wegen verfassungswidriger  
Sozialversicherungen, durch Helfer von weisungsgebundenen

Staatsanwälten, unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung auf einem Pfändungsschutzkonto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen, dies auch entgegen den Abwehr-Funktionen der Grundrechte. Sieh Anlage LSG-30 Seite 2

**Leihgabe** aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99**, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von

**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der  
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Per Fax an 0201-7992-7302

## Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen Berufungsgericht zu Mehrfach- Gerichtsbescheid

L 5 P 110/24

L 5 P 105/24

Zweigertstraße 54  
45130 Essen

Velbert, 03.Sept. 2024

Berufung vom 15.Juni 2024 wegen Anfechtung von  
brutal verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden,  
termingerecht abgegeben mit Eingangsstempel vom 24.06.2024

-----  
Aktenzeichen

**L 5 P 110/24:** S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

**L 5 P 105/24:** S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

Rechtsstreit

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G, Sozialversicherungsträger  
(Krankenversicherung und hier **Pflegeversicherung**), vertreten durch  
Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger, Berufungsbeklagter  
vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**,  
Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),  
unterstützt von **weisungsgebundenen Staatsanwälten**,  
mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer,  
mit judikativem Service für die Richter,  
unter Weisungsdruck durch das **wegen politisch motivierter  
Zerschlagungen beklagten Bundeskanzleramt (Bundesrepublik  
Deutschland)**  
gegen

Albin L. Ockl, Beklagter und Berufungskläger,  
**Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter  
persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und  
Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

**Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:**  
> > > **Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010** gegen  
**Rentner im 83.Lebensjahr,**  
Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011, als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,  
**mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal** mit „Hass im SCHUFA-Netz“, mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),  
ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz.

**Hier: Wiederholte Anmahnung auf Respektierung der Wahrheit und der Grundrechte gegen hemmungslose Eskalation von sozialer Zerschlagung (Faktenlage)**

**Stellungnahme zu**

**Anlage LSG-31**

**Benachrichtigung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit** über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 05)

**Anlage LSG-32** mit Anlage VB-2412

**Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024**

**(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

**> 75 Jahre Deutsches Grundgesetz**

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.**

**Von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto**

**zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden**

**Nonstop-Veranstaltungen** seit 2011 (über 12 Jahre)

**zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen** und

**zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung**

**mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal**

**Anlage VB-2412**

**Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des**

**Beklagten zugemüllt:** Gemäß Anlage der Verfassungsbeschwerde

> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatadresse

(Anlage VB-2412 a)

> mit Kopien zu einer Sammlung verfassungswidriger Mahnbescheide, weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen

Sozialversicherungen (alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen, als

Grundlage eines neuen Verfahrens am Sozialgericht Düsseldorf mit

Einspruch am Berufungsgericht in Essen). (Anlage VB-2412 b)

Detaillierte Ausführungen zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku

nachlesbar: > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Begründung in fortlaufender Nummerierung:

**LSG-56. Faktenlage:**

**Soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),**

**um Rehabilitierung und Schadenersatz zu unterdrücken:**

**Gerichte übergreifende Nonstop-Gerichtsverfahren, alle wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-Strafverfahren), am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige Mahnverfahren), am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-Berufungsverfahren)**

**alle erzwungen mit über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern**

**Faktenlage:**

**Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung von verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang Versicherungsleistungen seit 2010 zu sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß**

**ohne eine Chance für Rehabilitierung und Schadenersatz trotz 75 Jahre Deutsches Grundgesetz !!!**

**Verfassungswidrige Mahnbescheide erzwungen, weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen): Anlass für neues Gerichtsverfahren am Sozialgericht (Anlage VB-2412 b)**

**Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal erzwungen, daher Antragswiederholung auf Zeugenvernehmung wegen Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen Opferdaten im SCHUFA-Netz:**

**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020**

**(Anlage LSG-31, Kapitel LSG-55 mit Anlage LSG-30))**

**Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten (beide verantwortlich für verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen Opferdaten im SCHUFA-Netz) zugemüllt**

**Daher > > > Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024**

**> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>**

**Scroll down after link (page 156)**

**> 75 Jahre Deutsches Grundgesetz**

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit**

**hemmungloser Eskalation sozialer Zerschlagung im**

**83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.**

**Anlage LSG-32 (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 mit Anlage VB-2412 a und b)**

Verfassungswidriges Übermaß gemäß Verfassungsbeschwerde:

**Staatsanwaltliche und judikative Unterstützung von Rechtsprechung beeinflussende Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers am Amtsgericht, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit**

„Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ (Videowand-Vernetzung), Sozialgericht inbegriffen, u.a.m..

Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil: Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 (Anlage LSG-32) gegen Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.

Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:

> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfähige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren

> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen > > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)

> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen

> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf

> Gerichte übergreifend: Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit verfassungswidriger Rentenplünderung im 83. Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit,

mit Plünderung von Versicherungsleistungen,

mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen,

mit Plünderung von Zahlungseingängen aller Art . . . . .

> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen

**Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998 (Gründungsjahr von Google) mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa, für die Zukunft von Deutschland und Europa**

> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz

> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation

(Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung für hemmungslose Eskalation von sozialer Zerschlagung:

> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer (willfähige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung

> Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, : . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email-/Telefon-Anschluss

> > > **Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal** mit Einführung von Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit, mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)

> > > **Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im Gerichtssaal** von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“

> > > **Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung**, ohne Respektierung von Grundrechten sind Rechtsanwendungen verfassungswidrig!

> > > **zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen** (Anlage VB-2412)

durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen ohne Begründung gerichtliche Stellungnahmen durchführt.

Die Mahnverfahren des Amtsgerichtes Mayen zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen sind definitiv verfassungswidrig, haben deshalb keine Rechtskraft, weil Grundrechte nicht respektiert werden.

Im Kontext:

**Zugemüllt vom Sozialgericht in Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren für verfassungswidrige Sozialversicherungen seit 2011, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen des Sozialversicherungsträgers seit 2010 (70.Lebensjahr), aber mit Rentenplünderung einer verfassungswidrigen Raubjustiz für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Pfändungsschutz-Limit auf Pfändungsschutzkonto zum „Schutz“ gegen staatsanwaltliche Übergriffe (Anlage VB-2413 der Verfassungsbeschwerde)**

**gegen Rentner im 83.Lebensjahr, weil:**

**Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltiges Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre für die Zukunft von Deutschland und Europa !!!**

Zugang zu Rehabilitierung und Schadenersatz mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage verwehrt. Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG angemahnt.

Daher: **Antrag auf Stopp der hemmungslosen Eskalation sozialer Zerschlagung mit weiteren Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf (Anlage VB-2412 b gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 in Anlage LSG-32) parallel zu Berufungsverfahren wegen längst fälligem Vorrang aus grundgesetzlichen Anspruch für Rehabilitierung und Schadenersatz für**  
**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung.**

Velbert, 03.Sept. 2024



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur **unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben **und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben**, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in **1986, 1987, 1988** Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

### **Anlage LSG-31**

Benachrichtigung des **Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit** über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)  
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>  
Scroll down after link (page 05)

### **Anlage LSG-32** mit Anlage VB-2412 (1 BvR 1943/24) **Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024** **(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156)

**"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch." Die Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten mit hemmungsloser Eskalation hat vor über 25 Jahren begonnen:**

**> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.**

**Von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden**

**Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)**

**zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und**

**zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung**

**mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal**

**Hier: Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Auftakt-Veranstaltung für**

**Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten**

**unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft**

**unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz**

**beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt**

**mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024**

**und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024**

**und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim**

**Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit**

**gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

**durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit**

**weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit**

**ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung**

**mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr**

**wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit**

**Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem**

**Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in**

**Deutschland und Europa**

### **Anlage VB-2412**

**Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt:** Gemäß Anlage

> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatadresse (Anlage VB-2412 a)

> mit Kopien zu einer **Sammlung verfassungswidriger**

**Mahnbescheide, weil soziale Zerschlagung mit**

**verfassungswidrigen Sozialversicherungen** (alle mit Einspruch am

Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am

Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch am Berufungsgericht in

Essen). (Anlage VB-2412 b)

**Anlage VB-2413:** Letzte Rentenplünderung vom 10.08.2024

Anlagen im Schriftsatz vom 2.Juli .2024

**Anlage LSG-30 Seite 2**

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche)**

**mit Congress IV unter Leitung von**

**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal**

mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024

(eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024

(eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten,

das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den „Reichsbürgerschwachsinn“ einzugehen“. Ohne Begründung!

**Anlage LSG-27** (Schriftsatz vom 11.Juli 2024 an Sozialgericht Düsseldorf)

für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen L 5 P 110/24:

Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 13.06.2024

(Aktenzeichen 7244015-1) als Anlage der Mitteilung des

Sozialgerichts vom 14.06.2024 (S 31 P 457/23, eingegangen am 21.06.2024)

**Beiliegend:** 2.Exemplar der Begründung des Berufungsverfahrens:

**L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**Legende der sozialgerichtlichen Verfahren S 14 P 19/19, S 39 P 19/19, S 39 P 231/12) und nachfolgende mit Eskalation zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Eskalation zu einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln der Schriftsätze seit 2012 sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Dokumentation einsehbar:

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2f.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 15.Juni 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit termingerechter Anfechtung eines Mehrfach-Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 14.05.2024 (eingegangen am 24.05.2024 und am 28.05.2024) mit Berufung und Antrag auf Prozesskostenhilfe**

**LSG-51.** > 75 Jahre Grundgesetz > Europawahl zum 10.Mal in Deutschland

> Anlass um anzumahnen:

Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

**mit Wissen aller Staatsorgane**

**mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer**

unter persönlicher Verantwortung von

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

**unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

**mit Wissen aller Intendanten**

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an

Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

**Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert durch herausragendes Lebenswerk > > >**

**Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den**

**Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in**

**Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie**

**Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales**

**Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).**

**> Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen**

**ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen**

**Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)**

**> > > ONLINE Congressbände 1976 – 2003**

**> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=5**

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und

weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,

und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten**

**Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne**

**grundgesetzliche Schuldenbremse:**

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000

(weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), letzte

Congressmesse in 2003 erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses

Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch

motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus

ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,  
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss und einen diskriminierenden Opferkriminalisierung-Wahnsinn aushalten muss,

> das seit 2010 (70.Lebensjahr) totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen muss trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, . . . .

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung .

**LSG-52.** > 75 Jahre Grundgesetz > Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum

Seit 2010 (71.Lebensjahr): Nonstop–Gerichtsverfahren, Gerichte übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, an Verwaltungsgerichten Regensburg, Düsseldorf und Berlin, am Sozialgericht Düsseldorf, alle bis zum Bundesverfassungsgericht

> > > Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Maximierung gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit monatlicher Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto, dieses zum Schutz gegen staatliche Übergriffe, und mit

„öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen „Verbraucherschutz“

durch Rechtsanwälte des Klägers, verantwortlich für

Soziale Zerschlagung mit Eskalation von verfassungswidrigen

Sozialversicherungen zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diffamierung

und sozialer Aussperrung, mit Unterstützung durch

weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten

Bundesregierung und mit einem ehemaligen Mitglied der Bundesregierung

(heute SCHUFA-Vorstand für Politik und „Datenschutz“)

**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessische Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,

Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,

Congressleiter ONLINE 1999

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf)

> > > Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99

**Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz:**

Kein Datenschutz ohne Opferschutz > > > **Datenschutz-Skandal**

durch Täter/Opfer-Umkehr

Opfer wird zum Täter kriminalisiert > > > **Datenschutz-Skandal**

durch Opferkriminalisierung-Wahnsinn

Ohne Rehabilitierung und Schadenersatz > **Datenschutz-Skandal**

durch judikativen Boykott und durch staatsanwaltliche Sabotage,

durch „öffentlichen Hass im SCHUFA-Netz“ unter Vortäuschung von „Verbraucherschutz“.

**Datenschutz-Skandal:** Datenschutz ohne Opferschutz mit „Hass im SCHUFA-Netz“ ausgehebelt durch Kumpanei von weisungsgebundenen Staatsanwälten, RAe des klagenden Sozialversicherungsträgers und durch Mitglied der beklagten Bundesregierung unter Altbundeskanzlerin (SCHUFA-Vorstand).

**Maximaler Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung:** Opferdaten werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges Verweigern von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen.

Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

**ausschließlich verursacht durch**

über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2010 (70.Lebensjahr) nach Niederschlagung von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

jetzt (2024) gegen Rentner im 83.Lebensjahr

mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit den Europäischen Congressmessen für digitales Innovationswachstum

**Datenschutz:** Opfer ist kein Täter, Kläger und seine Rechtsanwälte sind Mittäter von politisch motivierter Zerschlagungen und daher zu verurteilen, Zu verurteilen: Von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 bis zu sozialer Aussperrung mit „öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen Verbraucherschutz, ohne Opferschutz mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

> Ekelhaft: Opfer-Verhöhnung ohne Respekt vor Grundrechten (Art.1 Abs.1 GG u.a.), massive Verletzung des Europäischen Menschenrechts auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK

Zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Vorrang für grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art. 34 GG.

**LSG-53. > 75 Jahre Grundgesetz >**

**Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum**

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (Krankenversicherung und Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (70.Lebensjahr)

mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr

bis zu sozialer Aussperrung und

mit Opferkriminalisierung-Wahnsinn

zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“

Kläger verantwortlich für verfassungswidrige Sozialversicherungen und für Sabotage von Rehabilitierung und

Schadenersatz mit Gerichte übergreifenden,

seit 2011 andauernden Nonstop-Gerichtsverfahren wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen

mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen.

Aufteilung der Gerichtsverfahren auf Sozialgericht (Pflegeversicherung) und Amtsgericht (Krankenversicherung) ohne Sinn, weil gleiches Rechtsverhältnis,

nur um mit einer Maximierung von Gerichtsverfahren soziale Zerschlagung und effektiven Beitrag zu politisch motivierter Zerschlagung zu leisten.

**Soziale Zerschlagung ist Teil der**

**politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998,**

**erzwungen unter persönlicher Verantwortung von**

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

mit Wissen aller Staatsorgane  
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer  
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks  
mit Wissen aller Intendanten,  
unter Beteiligung des Klägers mit Unterstützung durch weisungsgebundene  
Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern für Missbrauch von  
verfassungswidrigen Sozialversicherungen für politisch motivierte  
Zerschlagung.

Mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an  
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012),  
mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage  
von Verfahren für Rehabilitierung und und Schadenersatz  
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG,  
nach Verhinderung von Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen  
mit

Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für  
digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa.

Opfer verhöhrender Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung: Opferdaten  
werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges und  
andauerndes Verweigern von rechtlichem Gehör zu über 25 Jahre politisch  
motivierten Zerschlagungen mit kapitalen Vermögensschäden, Todesopfer,  
Freiheitsberaubung mit Psycho-Terror, Polizei-Terror, mit Missbrauch von  
Mahnverfahren, Mahnbescheiden, Bußgeldverfahren, mit Gerichte und  
Instanzen übergreifender Rechtsbeugung, mit krimineller Rentenplünderung  
für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto  
(zum Schutz gegen staatliche Übergriffe gegen Rentner im 83. Lebensjahr).

**Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide**

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

**Rechtsverhältnis ohne Bedeutung, wenn in Rechtsanwendungen  
Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden  
Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach  
Art.20 Abs.4 GG anzunehmen:**

**Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben  
alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht  
möglich ist.**

**Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und  
grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig**

**Brutal verfassungswidrige Rechtsbescheide im Doppelpack mit  
deckungsgleicher Argumentation sind entschieden  
zurückzuweisen.**

**Alle Kosten dem Kläger anzulasten. Strafrechtliche Untersuchung der  
Vorgänge unter Verantwortung der Klägerseite und der  
weisungsgebundenen Staatsanwälte ist der Zukunft des Grundgesetzes  
geschuldet.**

**Anwendungen von Vertragsrecht ohne Respektierung von  
Grundrechten sind verfassungswidrig, also ohne Rechtskraft.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 15.Juni 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-  
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu**

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024  
(eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024  
(eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des  
Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der  
Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den  
Reichsbürgerschwachsinn einzugehen“

**LSG-54.** Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und

L 5 P 105/24 im Kontext von

Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen  
am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am  
Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-  
Strafverfahren), am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige  
Mahnverfahren),  
am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und  
am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-  
Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige Mehrfach-  
Gerichtsbescheide.

Rentner im 83. Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung hat sich  
nicht erlaubt, sondern ist gezwungen,  
verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines  
Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf zusammenzufassen zu  
einem Berufungsverfahren mit 2 Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P  
105/24) wegen einheitlicher Begründung,  
um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem fortgeschrittenem  
Lebensalter ohne rechtsanwaltliche Unterstützung zu leisten und eine  
qualifizierte Abwehr gegen Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre  
Abwehrfunktionen nicht respektiert werden.

Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und  
Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und  
Schadenersatz beklagten Bundesregierung:

Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer  
Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht  
im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem  
Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen  
grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach  
Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an  
Beweismittel und Zeugen.

> > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte  
mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung  
unterdrückt wird.

**LSG-55.** > > Antrag auf Zeugenvernehmung wegen  
Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz:

**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessischer Beauftragter für  
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,  
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,  
Congressleiter ONLINE 1999, zuständig für Widerspruchsverfahren im  
SCHUFA-Netz

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf)

Leiter von Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und  
Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes (ISBN 3-89077-195-  
5): Telekommunikations-Sicherheit & Helpdesk-Management

**Europäisches Menschenrecht auf Datenschutz (Art.8 EMRK),**

**Datenschutz** ist ein weltweites Grundrecht – Allgemeine Erklärung der **Menschenrechte**  
der Vereinten Nationen, Artikel 12.

Datenschutz-Skandal: Datenschutz basiert auf Richtigkeit und Integrität der  
Daten. Opfer-Daten mit hohem Schutzbedarf werden hier mit Nonstop-  
Bußgeldverfahren und sozialgerichtlichen Verfahren seit 2011 absichtlich  
zu Täterdaten transformiert,

> weil mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott  
Rehabilitierung und Schadenersatz für 25 Jahre politisch motivierte  
Zerschlagungen verhindert werden und dadurch Opferdaten mit  
hohem Schutzbedarf in Täterdaten verfälscht werden (Datenverfälschung),  
> weil politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung durch  
Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte fortgesetzt  
werden, dies Gerichte übergreifend und außergerichtlich z.B. mit „Hass im  
SCHUFA-Netz“, mit Psycho-Terror, mit Polizei-Terror, zweimal mit  
Freiheitsberaubung u.a. nach Bedarf

> weil durch soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen  
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010  
Menschenrechte mit Füßen getreten werden,

> weil soziale Zerschlagung mit sozialer Diskreditierung, sozialer

Ausgrenzung, sozialer Diskriminierung mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen befeuert und maximiert wird  
> weil Rentenplünderungen (über 500 € pro Monat) gegen einen Rentner im 83.Lebensjahr erzwungen werden, wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen, durch Helfer von weisungsgebundenen Staatsanwälten, unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung auf einem Pfändungsschutzkonto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen, dies auch entgegen den Abwehr-Funktionen der Grundrechte. Sieh Anlage LSG-30 Seite 2

**Leihgabe** aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete 1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99**, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von

**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Per Fax an 0201-7992-7302

## Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen Berufungsgericht zu Mehrfach- Gerichtsbescheid

L 5 P 110/24

L 5 P 105/24

Zweigertstraße 54  
45130 Essen

Velbert, 01.Okt.2024

Berufung vom 15.Juni 2024 zu verfassungswidrigen  
Mehrfachbescheiden mit den Aktenzeichen

-----  
L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

Rechtsstreit

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G, Sozialversicherungsträger  
(Krankenversicherung und hier **Pflegeversicherung**), vertreten durch  
Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger, Berufungsbeklagter

vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**,  
Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),

unterstützt von **weisungsgebundenen Staatsanwälten**,  
mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer,

mit judikativem Service für die Richter,

unter Weisungsdruck durch das

**wegen politisch motivierter Zerschlagungen beklagten**

**Bundeskanzleramt (Bundesrepublik Deutschland)**

gegen

Albin L. Ockl, Beklagter und Berufungskläger,

**Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter  
persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und  
Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

Detaillierte Ausführungen zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku  
nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 33)

**Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:**

**> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010** gegen

**Rentner im 83.Lebensjahr,**

Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011, als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,

**mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal** mit „Hass im SCHUFA-Netz“, mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),

ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung.

**Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen**

**> > > Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 Faktenlage)**

**> > >** und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024)

mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl)

**Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden.

**Datenschutz** ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

**Daher Antrag auf Gerichte übergreifende Güte-Lösung für grundgesetzlichen nach Art.34 GG**, weil das Zerschlagungsopfer im 83.Lebensjahr nicht mehr in der Lage ist, simultan, Gerichte und Instanzen übergreifend, Tag und Nacht, pausenlos, ohne Unterbrechung an Weihnachten, an Ostern, an Wochenenden und ohne Urlaub seit 2010 für die Justiz zu arbeiten:

**dank judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung gemäß Art.34 GG unter Weisungsdruck der zu beklagenden Bundesrepublik seit 2010 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag.**

Begründung in fortlaufender Nummerierung:

**LSG-57. Faktenlage: 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß und mit einem Datenschutz-Skandal.**

**Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.**

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 17.09.2024  
Abwehr eines verfassungswidrigen, hemmungslosen Aktionismus (verfassungswidriger Shitstorm) der sozialen Zerschlagung nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 gegen Urteile vom 19.März 2024 / 26.Juni 2024 am Amtsgericht Velbert 10 C 211/23, einer **Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten** mit Zurückweisung aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage LSG-33)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023  
**BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)**

**nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001**

Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren

**mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,**

**anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.**

(Anlage LSG-34)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024  
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024

**BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte**

**Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu**

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 (Anlage LSG-35)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 294)

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024  
Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß im 83.Lebensjahr .  
Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (im Alter von 70 Jahren, über 12 Jahre)**

**zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal zu verfassungswidriger Renten-Plünderung seit 2021 (im Alter von 80 Jahren) auf Pfändungsschutzkonto zum „Schutz“ vor staatlichen Übergriffen unter Verantwortung der Ampel-Regierung (Anlage LSG-36)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/hier 228/334)

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023 mit Anlage VB-2352 wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin offensichtlich im Zusammenhang mit der persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a. an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 380)

NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024 zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . . zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte  
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010  
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012**

**Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage (Anlage LSG-38)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Offensichtlich ist mit erneuter Klage (6. Klage) einzufordern:

**Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung im 84.Lebensjahr**

ohne Rechtsanwälte, ohne judikativen Boykott, ohne staatsanwaltliche Sabotage, ohne Renten-Plünderung, aber mit grundgesetzlichen Anspruch auf Datenschutz.

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin (2012)**

**unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3), mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß im 83.Lebensjahr (Z4/Z5):**

Datenschutz-Skandal, Mobbing durch Rechtsanwälte, Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto (zum „Schutz“ gegen staatliche Übergriffe durch verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen, mit staatsanwaltschaftlichen Übergriffen), Rentenplünderung bis zum Pfändungsschutz-Limit, mit Plünderung von Versicherungsleistungen, mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung von Zahlungseingängen aller Art mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Psychoterror mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage u.a., alles unter Rückendeckung durch die Altbundeskanzlerin von 2005 bis 2021 und jetzt durch die Ampel-Regierung.

Kein Weiter so! Aber mit „turmartigen“ Beweisen in Hülle und Fülle.

**Gerichte übergreifende Aushebelung von Grundrechten, daher Gerichte übergreifende Gütelösungen.**

**Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum.**

Velbert, 01.Okt.2024



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur **unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben **und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben**, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in **1986, 1987, 1988** Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

### Anlage LSG-33

Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 /  
29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024  
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)

### Anlage LSG-34

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023  
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit  
1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit  
Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI  
u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes  
Unternehmen)

**nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk  
mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen  
Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem  
Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für  
digitale Evolution in Deutschland und Europa  
in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg,  
Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-  
Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001**

Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren

**mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-  
Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI  
(Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,**

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,

**erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000**

**im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.**

(Anlage LSG-34)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

### Anlage LSG-35

> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024  
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24  
vom 19.07.2024

BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung  
verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem  
Wechsel der Amtsgerichte

Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von  
Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von  
Rehabilitierung und Schadenersatz zu

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden**

**Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-**

**Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu**

**verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen**

**ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010**

mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte  
unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt

wegen direkter und persönlicher Verantwortung von

Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

(Anlage LSG-35)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 294)

### Anlage LSG-36

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024  
**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998  
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern  
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung  
mit verfassungswidrigem Übermaß im 83.Lebensjahr .  
Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender  
Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (im Alter von 70 Jahren, über  
12 Jahre)  
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und  
zu sozialer Zerschlagung  
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal  
zu verfassungswidriger Renten-Plünderung seit 2021 (im Alter  
von 80 Jahren) auf  
Pfändungsschutzkonto zum „Schutz“ vor staatlichen Übergriffen  
unter Verantwortung der Ampel-Regierung  
(Anlage LSG-36)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>  
Scroll down after link (page 001/088/156/hier 228/334)**

### Anlage LSG-37

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023  
mit Anlage VB-2352  
**wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin  
offensichtlich im Zusammenhang mit der  
persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als  
Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als  
Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a.  
an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998  
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am  
Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>  
Scroll down after link (page 380)  
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser  
respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener  
Weise gemäß dem Grundgesetz.**

### Anlage LSG-38

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024  
**zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .  
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des  
Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte  
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010  
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika  
Piel in 2011-2012  
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage  
(Anlage LSG-38)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>**

Anlagen im Schriftsatz vom 03.09.2024

### **Anlage LSG-31**

Benachrichtigung des **Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit** über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)  
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>  
Scroll down after link (page 05)

### **Anlage LSG-32** mit Anlage VB-2412 (1 BvR 1943/24) **(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156)

**"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch." Die Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten mit hemmungsloser Eskalation hat vor über 25 Jahren begonnen:**

**> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.**

**Von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal**

**Hier: Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024 und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024 und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im SCHUFA-Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa**

### **Anlage VB-2412**

**Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt:** Gemäß Anlage

> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatadresse (Anlage VB-2412 a)

> mit Kopien zu einer **Sammlung verfassungswidriger Mahnbescheide, weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen** (alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch am Berufungsgericht in Essen). (Anlage VB-2412 b)

**Anlage VB-2413:** Letzte Rentenplünderung vom 10.08.2024

Anlagen im Schriftsatz vom 2.Juli .2024

**Anlage LSG-30 Seite 2**

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche)**

**mit Congress IV unter Leitung von**

**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal**

mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024

(eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024

(eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten,

das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den „Reichsbürgerschwachsinn“ einzugehen“. Ohne Begründung!

**Anlage LSG-27** (Schriftsatz vom 11.Juli 2024 an Sozialgericht Düsseldorf)

für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen L 5 P 110/24:

Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 13.06.2024

(Aktenzeichen 7244015-1) als Anlage der Mitteilung des

Sozialgerichts vom 14.06.2024 (S 31 P 457/23, eingegangen am 21.06.2024)

**Beiliegend:** 2.Exemplar der Begründung des Berufungsverfahrens:

**L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**Legende der sozialgerichtlichen Verfahren S 14 P 19/19, S 39 P 19/19, S 39 P 231/12) und nachfolgende mit Eskalation zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Eskalation zu einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln der Schriftsätze seit 2012 sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Dokumentation einsehbar:

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2f.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 15.Juni 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit termingerechter Anfechtung eines Mehrfach-Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 14.05.2024 (eingegangen am 24.05.2024 und am 28.05.2024) mit Berufung und Antrag auf Prozesskostenhilfe**

**LSG-51.** > 75 Jahre Grundgesetz > Europawahl zum 10.Mal in Deutschland > Anlass um anzunehmen:

Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

**mit Wissen aller Staatsorgane**

**mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer**

unter persönlicher Verantwortung von

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

**unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

**mit Wissen aller Intendanten**

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an

Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

**Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert durch herausragendes Lebenswerk > > >**

**Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977 mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).**

> **Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)**

> > > **ONLINE Congressbände 1976 – 2003**

> > > **<http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=5>**

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:**

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), letzte

Congressmesse in 2003 erzwungen auf Kosten der digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses

Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus

ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,  
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,  
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss und einen diskriminierenden Opferkriminalisierung-Wahnsinn aushalten muss,  
> das seit 2010 (70.Lebensjahr) totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen muss trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,  
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.  
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.  
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,  
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung .  
**LSG-52.** > 75 Jahre Grundgesetz > Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum  
Seit 2010 (71.Lebensjahr): Nonstop–Gerichtsverfahren, Gerichte übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, an Verwaltungsgerichten Regensburg, Düsseldorf und Berlin, am Sozialgericht Düsseldorf, alle bis zum Bundesverfassungsgericht  
> > > **Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Maximierung gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998**  
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit monatlicher Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto, dieses zum Schutz gegen staatliche Übergriffe, und mit  
„öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen „Verbraucherschutz“  
durch Rechtsanwälte des Klägers, verantwortlich für  
Soziale Zerschlagung mit Eskalation von verfassungswidrigen Sozialversicherungen zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diffamierung und sozialer Aussperrung, mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit einem ehemaligen Mitglied der Bundesregierung (heute SCHUFA-Vorstand für Politik und „Datenschutz“)  
**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessische Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999  
> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE__99.pdf)  
> > > Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99  
**Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz:**  
Kein Datenschutz ohne Opferschutz > > > **Datenschutz-Skandal** durch Täter/Opfer-Umkehr  
Opfer wird zum Täter kriminalisiert > > > **Datenschutz-Skandal** durch Opferkriminalisierung-Wahnsinn  
Ohne Rehabilitierung und Schadenersatz > **Datenschutz-Skandal** durch judikativen Boykott und durch staatsanwaltliche Sabotage,

durch „öffentlichen Hass im SCHUFA-Netz“ unter Vortäuschung von „Verbraucherschutz“.

**Datenschutz-Skandal:** Datenschutz ohne Opferschutz mit „Hass im SCHUFA-Netz“ ausgehebelt durch Kumpanei von weisungsgebundenen Staatsanwälten, RAe des klagenden Sozialversicherungsträgers und durch Mitglied der beklagten Bundesregierung unter Altbundeskanzlerin (SCHUFA-Vorstand).

**Maximaler Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung:** Opferdaten werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges Verweigern von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen.

**Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide**

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

**ausschließlich verursacht durch**

über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2010 (70.Lebensjahr) nach Niederschlagung von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

jetzt (2024) gegen Rentner im 83.Lebensjahr

mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit den Europäischen Congressmessen für digitales Innovationswachstum

**Datenschutz:** Opfer ist kein Täter, Kläger und seine Rechtsanwälte sind Mittäter von politisch motivierter Zerschlagungen und daher zu verurteilen, Zu verurteilen: Von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 bis zu sozialer Aussperrung mit „öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen Verbraucherschutz, ohne Opferschutz mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

> Ekelhaft: Opfer-Verhöhnung ohne Respekt vor Grundrechten (Art.1 Abs.1 GG u.a.), massive Verletzung des Europäischen Menschenrechts auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK

Zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Vorrang für grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art. 34 GG.

**LSG-53. > 75 Jahre Grundgesetz >**

**Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum**

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (Krankenversicherung und Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (70.Lebensjahr)

mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr

bis zu sozialer Aussperrung und

mit Opferkriminalisierung-Wahnsinn

zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“

Kläger verantwortlich für verfassungswidrige Sozialversicherungen und für Sabotage von Rehabilitierung und

Schadenersatz mit Gerichte übergreifenden,

seit 2011 andauernden Nonstop-Gerichtsverfahren wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen

mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen.

Aufteilung der Gerichtsverfahren auf Sozialgericht (Pflegeversicherung) und Amtsgericht (Krankenversicherung) ohne Sinn, weil gleiches Rechtsverhältnis,

nur um mit einer Maximierung von Gerichtsverfahren soziale Zerschlagung und effektiven Beitrag zu politisch motivierter Zerschlagung zu leisten.

**Soziale Zerschlagung ist Teil der**

**politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998,**

**erzwungen unter persönlicher Verantwortung von**

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

mit Wissen aller Staatsorgane  
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer  
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks  
mit Wissen aller Intendanten,  
unter Beteiligung des Klägers mit Unterstützung durch weisungsgebundene  
Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern für Missbrauch von  
verfassungswidrigen Sozialversicherungen für politisch motivierte  
Zerschlagung.

Mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an  
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012),  
mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage  
von Verfahren für Rehabilitation und und Schadenersatz  
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG,  
nach Verhinderung von Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen  
mit

[Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für  
digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa.](#)

[Opfer verhöhrender Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung:](#) Opferdaten  
werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges und  
andauerndes Verweigern von rechtlichem Gehör zu über 25 Jahre politisch  
motivierten Zerschlagungen mit kapitalen Vermögensschäden, Todesopfer,  
Freiheitsberaubung mit Psycho-Terror, Polizei-Terror, mit Missbrauch von  
Mahnverfahren, Mahnbescheiden, Bußgeldverfahren, mit Gerichte und  
Instanzen übergreifender Rechtsbeugung, mit krimineller Rentenplünderung  
für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto  
(zum Schutz gegen staatliche Übergriffe gegen Rentner im 83. Lebensjahr).

**Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide**

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

**Rechtsverhältnis ohne Bedeutung, wenn in Rechtsanwendungen  
Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden  
Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach  
Art.20 Abs.4 GG anzunehmen:**

**Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben  
alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht  
möglich ist.**

**Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und  
grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig**

**Brutal verfassungswidrige Rechtsbescheide im Doppelpack mit  
deckungsgleicher Argumentation sind entschieden  
zurückzuweisen.**

**Alle Kosten dem Kläger anzulasten. Strafrechtliche Untersuchung der  
Vorgänge unter Verantwortung der Klägerseite und der  
weisungsgebundenen Staatsanwälte ist der Zukunft des Grundgesetzes  
geschuldet.**

**Anwendungen von Vertragsrecht ohne Respektierung von  
Grundrechten sind verfassungswidrig, also ohne Rechtskraft.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 15.Juni 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-  
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu**

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024  
(eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024  
(eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des

Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der  
Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den  
Reichsbürgerschwachsinn einzugehen“

**LSG-54.** Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und

L 5 P 105/24 im Kontext von

Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen  
am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am  
Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-  
Strafverfahren), am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige  
Mahnverfahren),  
am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und  
am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-  
Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige Mehrfach-  
Gerichtsbescheide.  
Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung hat sich  
nicht erlaubt, sondern ist gezwungen,  
verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines  
Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf zusammenzufassen zu  
einem Berufungsverfahren mit 2 Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P  
105/24) wegen einheitlicher Begründung,  
um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem fortgeschrittenem  
Lebensalter ohne rechtsanwaltliche Unterstützung zu leisten und eine  
qualifizierte Abwehr gegen Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre  
Abwehrfunktionen nicht respektiert werden.  
Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und  
Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und  
Schadenersatz beklagten Bundesregierung:  
Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer  
Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht  
im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem  
Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen  
grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach  
Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an  
Beweismittel und Zeugen.  
> > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte  
mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung  
unterdrückt wird.  
**LSG-55.** > > Antrag auf Zeugenvernehmung wegen  
Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz:  
**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessischer Beauftragter für  
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,  
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,  
Congressleiter ONLINE 1999, zuständig für Widerspruchsverfahren im  
SCHUFA-Netz  
> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf)  
Leiter von Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und  
Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes (ISBN 3-89077-195-  
5): Telekommunikations-Sicherheit & Helpdesk-Management  
**Europäisches Menschenrecht auf Datenschutz (Art.8 EMRK)**,  
**Datenschutz** ist ein weltweites Grundrecht – Allgemeine Erklärung der **Menschenrechte**  
der Vereinten Nationen, Artikel 12.  
Datenschutz-Skandal: Datenschutz basiert auf Richtigkeit und Integrität der  
Daten. Opfer-Daten mit hohem Schutzbedarf werden hier mit Nonstop-  
Bußgeldverfahren und sozialgerichtlichen Verfahren seit 2011 absichtlich  
zu Täterdaten transformiert,  
> weil mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott  
Rehabilitierung und Schadenersatz für 25 Jahre politisch motivierte  
Zerschlagungen verhindert werden und dadurch Opferdaten mit  
hohemSchutzbedarf in Täterdaten verfälscht werden (Datenverfälschung),  
> weil politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung durch  
Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte fortgesetzt  
werden, dies Gerichte übergreifend und außergerichtlich z.B. mit „Hass im  
SCHUFA-Netz“, mit Psycho-Terror, mit Polizei-Terror, zweimal mit  
Freiheitsberaubung u.a. nach Bedarf  
> weil durch soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen  
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010  
Menschenrechte mit Füßen getreten werden,  
> weil soziale Zerschlagung mit sozialer Diskreditierung, sozialer

Ausgrenzung, sozialer Diskriminierung mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen befeuert und maximiert wird  
> weil Rentenplünderungen (über 500 € pro Monat) gegen einen Rentner im 83.Lebensjahr erzwungen werden, wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen, durch Helfer von weisungsgebundenen Staatsanwälten, unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung auf einem Pfändungsschutzkonto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen, dies auch entgegen den Abwehr-Funktionen der Grundrechte.  
Sieh Anlage LSG-30 Seite 2

**Leihgabe** aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99**, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von

**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Per Fax an 0201-7992-7302

## Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen Berufungsgericht zu Mehrfach- Gerichtsbescheid

L 5 P 110/24

L 5 P 105/24

Zweigertstraße 54  
45130 Essen

Velbert, 18.Okt.2024

Berufung vom 15.Juni 2024 zu verfassungswidrigen  
Mehrfachbescheiden mit den Aktenzeichen

-----  
L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

Rechtsstreit

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G, Sozialversicherungsträger  
(Krankenversicherung und hier **Pflegeversicherung**), vertreten durch  
Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger, Berufungsbeklagter

vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**,  
Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),

unterstützt von **weisungsgebundenen Staatsanwälten**,  
mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer,  
mit judikativem Service für die Richter,

unter Weisungsdruck durch das **wegen politisch motivierter  
Zerschlagungen beklagten**

**Bundeskanzleramt (Bundesrepublik Deutschland)**

gegen

Albin L. Ockl, Beklagter und Berufungskläger,

**Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter  
persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und  
Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

Detaillierte Ausführungen zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku  
nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 49)

**Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:**  
> > > **Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010** gegen

**Rentner im 83.Lebensjahr,**

Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011, als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,

**mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal** mit „Hass im SCHUFA-Netz“, mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),

ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung.

**Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024**

**gegen Bundesrepublik Deutschland am Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren**

**Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen**

> > > Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (Faktenlage)

gemäß Schriftsatz vom 1.Okt.2024

> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024)

mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland

**wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen

politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl)

**Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden.

**Datenschutz** ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

**Daher Antrag auf Gerichte übergreifende Güte-Lösung für grundgesetzlichen nach Art.34 GG**, weil das Zerschlagungsopfer im 83.Lebensjahr nicht mehr in der Lage ist, simultan, Gerichte und Instanzen übergreifend, Tag und Nacht, pausenlos, ohne Unterbrechung an Weihnachten, an Ostern, an Wochenenden und ohne Urlaub seit 2010 für die Justiz zu arbeiten:

**dank judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung gemäß Art.34 GG unter Weisungsdruck der zu beklagenden Bundesrepublik seit 2010 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag.**

Begründung in fortlaufender Nummerierung:

**LSG-58. Faktenlage (Fortsetzung):**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr, mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit verfassungswidrigem Übermaß mit Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal. Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG**

Artikel 79 Absatz 3 GG: Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den **Artikeln 1 und 20** niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.

Sieh **Anlage LSG-39**

**Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren**

**mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln**

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),

**Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 (1941) unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

gegen Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den

**Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin**

>>> **AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 (80) Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 (1941), Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2), unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4), mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5) Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.**

>>> **AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),**

unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,

**Erschwerend:** Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:**

> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.

> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog. "Kunstmühle" (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

**Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung**

Alle LSG-nummerierten Anlagen dieser Klage wurden bereits übergeben,

Die Anlagen VE-01 und LSG-02 stimmen überein.

**Anlage VE-02 (vergleichbar mit der vorliegenden Leihgabe LSG-30 aus dem Congressmesse-Archiv):** Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit

**Dr. Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall**

[Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung](#)

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

**Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7. Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche) Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)**

Offensichtlich ist mit erneuter Klage (6. Klage) einzufordern, ist jetzt eingefordert:

**Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung im 83.Lebensjahr**

ohne Rechtsanwälte, ohne judikativen Boykott, ohne staatsanwaltliche Sabotage, ohne Renten-Plünderung, aber mit grundgesetzlichen Anspruch auf Datenschutz.

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin (2012)**

**unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3), mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß im 83.Lebensjahr (Z4/Z5):**

Datenschutz-Skandal, Mobbing durch Rechtsanwälte, Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto (zum „Schutz“ gegen staatliche Übergriffe durch verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen, mit staatsanwaltschaftlichen Übergriffen), Rentenplünderung bis zum Pfändungsschutz-Limit, mit Plünderung von Versicherungsleistungen, mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung von Zahlungseingängen aller Art mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Psychoterror mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage u.a., alles unter Rückendeckung durch die Altbundeskanzlerin von 2005 bis 2021 und jetzt durch die Ampel-Regierung.

Kein Weiter so! Aber mit „turmartigen“ Beweisen in Hülle und Fülle.

**Gerichte übergreifende Aushebelung von Grundrechten der Ewigkeitsklausel, daher**

**Gerichte übergreifende Gütelösungen.**

**Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum.**

Velbert, 18.Okt.2024



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

**Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in **1986, 1987, 1988** Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums**

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

## Anlage LSG-39

**Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 /1941 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln AGV-01 und AGV-02**

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),

**Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

gegen Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den

**Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin**

**>>> AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen**

**Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz und**

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

**seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen**

**am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2),**

**unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)**

**mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im**

**83.Lebensjahr (Z4),**

**mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5)**

**Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal**

**und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum**

**Schutz vor staatlichen Übergriffen**

**Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.**

**>>> AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und**

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

**seit 1998, Gründungsjahr von Google,**

**mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5**

**unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),**

**unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker**

**mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch**

**Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind,**

**mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch**

**weisungsgebundene Staatsanwälte,**

**Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer**

**übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des**

**Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der**

**Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen,**

**mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der**

**Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem**

**Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf**

**Datenschutz (Datenschutz-Skandal)**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken,**

**was sich geändert hat seit 1945:**

**> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter**

**Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.**

**> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen**

**Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen**

**Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für**

das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.  
> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.  
**Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung**

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku  
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>  
Scroll down after link (page 01)

Alle LSG-nummerierten Anlagen dieser Klage wurden bereits übergeben,

Die Anlagen VE-01 und LSG-02 stimmen überein.

**Anlage VE-02 (vergleichbar mit der Ihnen vorliegenden Leihgabe LSG-30 aus dem Congressmesse-Archiv):** Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit

**Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

**Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche) Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)**

**Anlage VE-03:** Siehe

Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38

**Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:**

> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen

Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

### Anlage LSG-33

Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024  
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)

### Anlage LSG-34

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023  
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)

**nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001**

Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren

**mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,**

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,

**erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000**

**im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.**

(Anlage LSG-34

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

### Anlage LSG-35

> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024  
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024

BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte

Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden**

**Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-**

**Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu**

**verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen**

**ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010**

mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt

wegen direkter und persönlicher Verantwortung von

Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

(Anlage LSG-35)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 294)

### Anlage LSG-36

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024  
**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998  
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern  
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung  
mit verfassungswidrigem Übermaß im 83.Lebensjahr .**  
Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender  
Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (im Alter von 70 Jahren, über  
12 Jahre)  
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und  
zu sozialer Zerschlagung  
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal  
zu verfassungswidriger Renten-Plünderung seit 2021 (im Alter  
von 80 Jahren) auf  
Pfändungsschutzkonto zum „Schutz“ vor staatlichen Übergriffen  
unter Verantwortung der Ampel-Regierung  
(Anlage LSG-36)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>  
Scroll down after link (page 001/088/156/hier 228/334)

### Anlage LSG-37

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023  
mit Anlage VB-2352  
**wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin**  
offensichtlich im Zusammenhang mit der  
persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als  
Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als  
Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a.  
an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998  
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am  
Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>  
Scroll down after link (page 380)  
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser  
respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener  
Weise gemäß dem Grundgesetz.

### Anlage LSG-38

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024  
**zu Datenschutz-Skandal** gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .  
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des  
Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte  
**Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010**  
**Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika  
Piel in 2011-2012**  
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage  
(Anlage LSG-38)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Anlagen im Schriftsatz vom 03.09.2024

### **Anlage LSG-31**

Benachrichtigung des **Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit** über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)  
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>  
Scroll down after link (page 05)

### **Anlage LSG-32** mit Anlage VB-2412 (1 BvR 1943/24) **(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156)

**"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch." Die Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten mit hemmungsloser Eskalation hat vor über 25 Jahren begonnen:**

**> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.**

**Von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden**

**Nonstop-Veranstaltungen** seit 2011 (über 12 Jahre)

**zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen** und

**zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung**

**mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal**

**Hier: Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten**

**unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft**

**unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz**

**beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt**

**mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024**

**und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024**

**und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim**

**Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit**

**gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

**durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit**

**weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit**

**ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung**

**mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr**

**wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit**

**Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem**

**Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in**

**Deutschland und Europa**

### **Anlage VB-2412**

**Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt:** Gemäß Anlage

> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatadresse (Anlage VB-2412 a)

> mit Kopien zu einer **Sammlung verfassungswidriger Mahnbescheide, weil soziale Zerschlagung mit**

**verfassungswidrigen Sozialversicherungen** (alle mit Einspruch am

Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am

Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch am Berufungsgericht in

Essen). (Anlage VB-2412 b)

**Anlage VB-2413:** Letzte Rentenplünderung vom 10.08.2024

Anlagen im Schriftsatz vom 2.Juli .2024

**Anlage LSG-30 Seite 2**

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche)**

**mit Congress IV unter Leitung von**

**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal**

mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024

(eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024

(eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten,

das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den „Reichsbürgerschwachsinn“ einzugehen“. Ohne Begründung!

**Anlage LSG-27** (Schriftsatz vom 11.Juli 2024 an Sozialgericht Düsseldorf)

für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen L 5 P 110/24:

Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 13.06.2024

(Aktenzeichen 7244015-1) als Anlage der Mitteilung des

Sozialgerichts vom 14.06.2024 (S 31 P 457/23, eingegangen am 21.06.2024)

**Beiliegend:** 2.Exemplar der Begründung des Berufungsverfahrens:

**L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**Legende der sozialgerichtlichen Verfahren S 14 P 19/19, S 39 P 19/19, S 39 P 231/12) und nachfolgende mit Eskalation zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Eskalation zu einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln der Schriftsätze seit 2012 sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Dokumentation einsehbar:

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2f.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 15.Juni 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit termingerechter Anfechtung eines Mehrfach-Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 14.05.2024 (eingegangen am 24.05.2024 und am 28.05.2024) mit Berufung und Antrag auf Prozesskostenhilfe**

**LSG-51.** > 75 Jahre Grundgesetz > Europawahl zum 10.Mal in Deutschland > Anlass um anzumahnen:

Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

**mit Wissen aller Staatsorgane**

**mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer**

unter persönlicher Verantwortung von

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

**unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

**mit Wissen aller Intendanten**

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an

Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

**Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert durch herausragendes Lebenswerk > > >**

**Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).**

> **Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)**

> > > **ONLINE Congressbände 1976 – 2003**

> > > **<http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=5>**

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:**

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), letzte

Congressmesse in 2003 erzwungen auf Kosten der digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses

Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus

ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,  
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,  
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss und einen diskriminierenden Opferkriminalisierung-Wahnsinn aushalten muss,  
> das seit 2010 (70.Lebensjahr) totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen muss trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,  
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.  
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.  
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,  
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung .  
**LSG-52.** > 75 Jahre Grundgesetz > Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum  
Seit 2010 (71.Lebensjahr): Nonstop–Gerichtsverfahren, Gerichte übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, an Verwaltungsgerichten Regensburg, Düsseldorf und Berlin, am Sozialgericht Düsseldorf, alle bis zum Bundesverfassungsgericht  
> > > **Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Maximierung gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998**  
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit monatlicher Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto, dieses zum Schutz gegen staatliche Übergriffe, und mit  
„öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen „Verbraucherschutz“  
durch Rechtsanwälte des Klägers, verantwortlich für  
Soziale Zerschlagung mit Eskalation von verfassungswidrigen Sozialversicherungen zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diffamierung und sozialer Aussperrung, mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit einem ehemaligen Mitglied der Bundesregierung (heute SCHUFA-Vorstand für Politik und „Datenschutz“)  
**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessische Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999  
> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE__99.pdf)  
> > > Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99  
**Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz:**  
Kein Datenschutz ohne Opferschutz > > > **Datenschutz-Skandal** durch Täter/Opfer-Umkehr  
Opfer wird zum Täter kriminalisiert > > > **Datenschutz-Skandal** durch Opferkriminalisierung-Wahnsinn  
Ohne Rehabilitierung und Schadenersatz > **Datenschutz-Skandal** durch judikativen Boykott und durch staatsanwaltliche Sabotage,

durch „öffentlichen Hass im SCHUFA-Netz“ unter Vortäuschung von „Verbraucherschutz“.

**Datenschutz-Skandal:** Datenschutz ohne Opferschutz mit „Hass im SCHUFA-Netz“ ausgehebelt durch Kumpanei von weisungsgebundenen Staatsanwälten, RAe des klagenden Sozialversicherungsträgers und durch Mitglied der beklagten Bundesregierung unter Altbundeskanzlerin (SCHUFA-Vorstand).

**Maximaler Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung:** Opferdaten werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges Verweigern von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen.

**Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide**

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

**ausschließlich verursacht durch**

über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2010 (70.Lebensjahr) nach Niederschlagung von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

jetzt (2024) gegen Rentner im 83.Lebensjahr

mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit den Europäischen Congressmessen für digitales Innovationswachstum

**Datenschutz:** Opfer ist kein Täter, Kläger und seine Rechtsanwälte sind Mittäter von politisch motivierter Zerschlagungen und daher zu verurteilen, Zu verurteilen: Von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 bis zu sozialer Aussperrung mit „öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen Verbraucherschutz, ohne Opferschutz mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

> Ekelhaft: Opfer-Verhöhnung ohne Respekt vor Grundrechten (Art.1 Abs.1 GG u.a.), massive Verletzung des Europäischen Menschenrechts auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK

Zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Vorrang für grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art. 34 GG.

**LSG-53. > 75 Jahre Grundgesetz >**

**Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum**

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (Krankenversicherung und Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (70.Lebensjahr)

mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr

bis zu sozialer Aussperrung und

mit Opferkriminalisierung-Wahnsinn

zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“

Kläger verantwortlich für verfassungswidrige Sozialversicherungen und für Sabotage von Rehabilitierung und

Schadenersatz mit Gerichte übergreifenden,

seit 2011 andauernden Nonstop-Gerichtsverfahren wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen

mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen.

Aufteilung der Gerichtsverfahren auf Sozialgericht (Pflegeversicherung) und Amtsgericht (Krankenversicherung) ohne Sinn, weil gleiches Rechtsverhältnis,

nur um mit einer Maximierung von Gerichtsverfahren soziale Zerschlagung und effektiven Beitrag zu politisch motivierter Zerschlagung zu leisten.

**Soziale Zerschlagung ist Teil der**

**politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998,**

**erzwungen unter persönlicher Verantwortung von**

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

mit Wissen aller Staatsorgane  
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer  
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks  
mit Wissen aller Intendanten,  
unter Beteiligung des Klägers mit Unterstützung durch weisungsgebundene  
Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern für Missbrauch von  
verfassungswidrigen Sozialversicherungen für politisch motivierte  
Zerschlagung.

Mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an  
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012),  
mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage  
von Verfahren für Rehabilitation und und Schadenersatz  
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG,  
nach Verhinderung von Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen  
mit

Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für  
digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa.

Opfer verhöhrender Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung: Opferdaten  
werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges und  
andauerndes Verweigern von rechtlichem Gehör zu über 25 Jahre politisch  
motivierten Zerschlagungen mit kapitalen Vermögensschäden, Todesopfer,  
Freiheitsberaubung mit Psycho-Terror, Polizei-Terror, mit Missbrauch von  
Mahnverfahren, Mahnbescheiden, Bußgeldverfahren, mit Gerichte und  
Instanzen übergreifender Rechtsbeugung, mit krimineller Rentenplünderung  
für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto  
(zum Schutz gegen staatliche Übergriffe gegen Rentner im 83. Lebensjahr).

**Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide**

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

**Rechtsverhältnis ohne Bedeutung, wenn in Rechtsanwendungen  
Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden  
Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach  
Art.20 Abs.4 GG anzunehmen:**

**Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben  
alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht  
möglich ist.**

**Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und  
grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig**

**Brutal verfassungswidrige Rechtsbescheide im Doppelpack mit  
deckungsgleicher Argumentation sind entschieden  
zurückzuweisen.**

**Alle Kosten dem Kläger anzulasten. Strafrechtliche Untersuchung der  
Vorgänge unter Verantwortung der Klägerseite und der  
weisungsgebundenen Staatsanwälte ist der Zukunft des Grundgesetzes  
geschuldet.**

**Anwendungen von Vertragsrecht ohne Respektierung von  
Grundrechten sind verfassungswidrig, also ohne Rechtskraft.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 20.Juli 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-  
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu**

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024  
(eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024  
(eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des  
Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der  
Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den  
Reichsbürgerschwachsinn einzugehen“

**LSG-54.** Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und

L 5 P 105/24 im Kontext von

Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen  
am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am  
Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-  
Strafverfahren), am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige  
Mahnverfahren),  
am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und  
am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-  
Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige Mehrfach-  
Gerichtsbescheide.  
Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung hat sich  
nicht erlaubt, sondern ist gezwungen,  
verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines  
Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf zusammenzufassen zu  
einem Berufungsverfahren mit 2 Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P  
105/24) wegen einheitlicher Begründung,  
um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem fortgeschrittenem  
Lebensalter ohne rechtsanwaltliche Unterstützung zu leisten und eine  
qualifizierte Abwehr gegen Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre  
Abwehrfunktionen nicht respektiert werden.  
Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und  
Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und  
Schadenersatz beklagten Bundesregierung:  
Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer  
Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht  
im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem  
Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen  
grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach  
Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an  
Beweismittel und Zeugen.  
> > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte  
mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung  
unterdrückt wird.  
**LSG-55.** > > Antrag auf Zeugenvernehmung wegen  
Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz:  
**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessischer Beauftragter für  
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,  
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,  
Congressleiter ONLINE 1999, zuständig für Widerspruchsverfahren im  
SCHUFA-Netz  
> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf)  
Leiter von Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und  
Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes (ISBN 3-89077-195-  
5): Telekommunikations-Sicherheit & Helpdesk-Management  
**Europäisches Menschenrecht auf Datenschutz (Art.8 EMRK)**,  
**Datenschutz** ist ein weltweites Grundrecht – Allgemeine Erklärung der **Menschenrechte**  
der Vereinten Nationen, Artikel 12.  
Datenschutz-Skandal: Datenschutz basiert auf Richtigkeit und Integrität der  
Daten. Opfer-Daten mit hohem Schutzbedarf werden hier mit Nonstop-  
Bußgeldverfahren und sozialgerichtlichen Verfahren seit 2011 absichtlich  
zu Täterdaten transformiert,  
> weil mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott  
Rehabilitierung und Schadenersatz für 25 Jahre politisch motivierte  
Zerschlagungen verhindert werden und dadurch Opferdaten mit  
hohemSchutzbedarf in Täterdaten verfälscht werden (Datenverfälschung),  
> weil politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung durch  
Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte fortgesetzt  
werden, dies Gerichte übergreifend und außergerichtlich z.B. mit „Hass im  
SCHUFA-Netz“, mit Psycho-Terror, mit Polizei-Terror, zweimal mit  
Freiheitsberaubung u.a. nach Bedarf  
> weil durch soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen  
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010  
Menschenrechte mit Füßen getreten werden,  
> weil soziale Zerschlagung mit sozialer Diskreditierung, sozialer

Ausgrenzung, sozialer Diskriminierung mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen befeuert und maximiert wird  
> weil Rentenplünderungen (über 500 € pro Monat) gegen einen Rentner im 83.Lebensjahr erzwungen werden, wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen, durch Helfer von weisungsgebundenen Staatsanwälten, unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung auf einem Pfändungsschutzkonto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen, dies auch entgegen den Abwehr-Funktionen der Grundrechte. Sieh Anlage LSG-30 Seite 2

**Leihgabe** aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete 1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99**, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von

**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

**Schriftsatz vom 03.Sept. 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit wiederholter Anmahnung auf Respektierung der Wahrheit und der Grundrechte gegen hemmungslose Eskalation von sozialer Zerschlagung (Faktenlage) und Stellungnahme zu**

**Anlage LSG-31**

**Benachrichtigung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 05)

**Anlage LSG-32** mit Anlage VB-2412

**Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024**

**(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

**> 75 Jahre Deutsches Grundgesetz**

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.**

**LSG-56. Faktenlage:**

**Soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),**

**um Rehabilitierung und Schadenersatz zu unterdrücken:**

**Gerichte übergreifende Nonstop-Gerichtsverfahren, alle wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-Strafverfahren),**

**am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige Mahnverfahren),**

**am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung)**

**und**

**am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-Berufungsverfahren)**

**alle erzwungen mit über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern**

**Faktenlage:**

**Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung von verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang**

**Versicherungsleistungen seit 2010 zu sozialer Zerschlagung im**

**83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß  
ohne eine Chance für Rehabilitierung und Schadenersatz  
trotz 75 Jahre Deutsches Grundgesetz !!!**

**Verfassungswidrige Mahnbescheide erzwungen**, weil  
soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen  
(alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen): Anlass für neues  
Gerichtsverfahren am Sozialgericht (Anlage VB-2412 b)

**Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal erzwungen**, daher  
**Antragswiederholung auf Zeugenvernehmung wegen**

Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz:

**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessischer Beauftragter für  
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020

(Anlage LSG-31, Kapitel LSG-55 mit Anlage LSG-30))

Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten  
und von weisungsgebundenen Staatsanwälten (beide verantwortlich für  
verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz) zugemüllt

**Daher > > > Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

> **75 Jahre Deutsches Grundgesetz**

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser  
Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit  
verfassungswidrigem Übermaß.**

**Anlage LSG-32 (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 mit Anlage VB-  
2412 a und b)**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 18)

**Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-  
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu untauglicher Fortsetzung  
eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen**

> > > **Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

**Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit  
2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen  
Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen  
seit 1998 Faktenlage)**

> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024  
(eingegangen am 17.09.2024)

mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter  
Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem  
Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz  
und Güteverhandlung wegen

politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich  
sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen  
für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in  
dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert  
werden.

**Datenschutz** ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch  
internationales Menschenrecht.

**Daher Antrag auf Gerichte übergreifende Güte-Lösung für  
grundgesetzlichen nach Art.34 GG**, weil das Zerschlagungsoffer im  
83.Lebensjahr nicht mehr in der Lage ist, simultan, Gerichte und Instanzen  
übergreifend, Tag und Nacht, pausenlos, ohne Unterbrechung an  
Weihnachten, an Ostern, an Wochenenden und ohne Urlaub seit 2010 für  
die Justiz zu arbeiten:

**dank judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage des  
grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und  
Güteverhandlung gemäß Art.34 GG unter Weisungsdruck der zu  
beklagenden Bundesrepublik seit 2010 nach Petitionen an den  
Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag.**

**LSG-57. Faktenlage: 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und  
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

seit 1998, Gründungsjahr von Google,  
mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,  
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im  
83.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß und mit einem  
Datenschutz-Skandal.

**Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 33)

**Schriftsatz vom 18.Okt.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-  
Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen**

Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis  
einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024  
gegen Bundesrepublik Deutschland am Amtsgericht Velbert  
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf  
Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß  
grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

**LSG-58. Faktenlage (Fortsetzung):**

[75 Jahre Deutsches Grundgesetz und](#)

[über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung](#)

[über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen](#)

[seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen](#)

[am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und](#)

[über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen](#)

[Sozialversicherungen](#)

[mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr, mit](#)

[mehrfacher Freiheitsberaubung,](#)

[mit verfassungswidrigem Übermaß mit Rentenplünderung-Skandal und mit](#)

[Datenschutz-Skandal.](#)

Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 49)

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Per Fax an 0201-7992-7302

## Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen Berufungsgericht zu Mehrfach- Gerichtsbescheid

L 5 P 110/24

L 5 P 105/24

Zweigertstraße 54  
45130 Essen

Velbert, 16.Dez.2024

Berufung vom 15.Juni 2024 zu verfassungswidrigen  
Mehrfachbescheiden mit den Aktenzeichen

-----  
L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

Rechtsstreit

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G, Sozialversicherungsträger  
(Krankenversicherung und hier **Pflegeversicherung**), vertreten durch  
Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger, Berufungsbeklagter

vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**,  
Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),

unterstützt von **weisungsgebundenen Staatsanwälten**,  
mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer,

mit judikativem Service für die Richter,

unter Weisungsdruck durch das **wegen politisch motivierter  
Zerschlagungen beklagten Bundeskanzleramt der amtierenden  
Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland**

gegen

Albin L. Ockl, Beklagter und Berufungskläger,

**Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter  
persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und  
Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

Detaillierte Ausführungen zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku  
nachlesbar:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 69)

**Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:**

**> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010** gegen

**Rentner im 84.Lebensjahr,**

Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011, als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren, mit verfassungswidrigem Übermaß,

**mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal** mit „Hass im SCHUFA-Netz“, **mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto** für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),

**zweimal mit Freiheitsberaubung und anschließendem „JVA-Service“ für weisungsgebundene Staatsanwälte**

wegen politisch motivierten Zerschlagungen nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung und jetzt mit **Klage wegen lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941** trotz Verfassungsbeschwerden seit 2010 mit einem Grundgesetz, mit dem Zustände wie unter Hitler zu verhindern sind und ein neues Desaster ist längst im Anmarsch. Die Zukunft von Deutschland mit einer zerstrittenen Parteien-Vielfalt ist nicht absehbar.

**Hier: Vorzeitige Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Berufungsverfahren mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 wegen Rehabilitierung und längst fälligem, angemessenem Schadenersatz.**

mit neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 gegen Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren anstatt Einzelrichter mit einem Datenschutz-Skandal hinter einer vernetzten Videowand und jetzt auch wegen lebenslanger Familienzerschlagung

**> > > Anspruch auf Entschädigung** wegen sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 gemäß Schriftsatz vom 1.Okt.2024 ist einzuklagen.

**> > > Anspruch auf nicht diskriminierende soziale Grundversicherungen bis heute ohne Gehör.**

**Daher Antrag auf Gerichte übergreifende Güte-Lösung für grundgesetzlichen Anspruch auf eine Entschädigung nach Art.34 GG,**

weil das Zerschlagungsoffer seit 2010 gezwungen ist, simultan, Gerichte und Instanzen übergreifend bis zum Bundesverfassungsgericht, pausenlos, ohne Rechtsanwalt, ohne Unterbrechung an Weihnachten, an Ostern, an Wochenenden und ohne Urlaub seit 2010 für die Justiz zu arbeiten:

**dank judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und angemessene Güteverhandlung gemäß Art.34 GG unter Weisungsdruck der zu beklagenden Bundesrepublik seit 2010 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag und jetzt mit Ampel-Aus.**

Begründung in fortlaufender Nummerierung:

**LSG-59. Faktenlage (Fortsetzung):**

**Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung  
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und  
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen  
seit 1998, Gründungsjahr von Google:**

**Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales  
Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von  
politisch motivierten Zerschlagungen! **Auch in Zukunft. Daher  
Vorrang für Rehabilitierung und angemessenen Schadenersatz  
wegen Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in  
Bayern, und****

**über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen  
Sozialversicherungen**

**mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im  
84.Lebensjahr,**

**mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung,  
Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.**

**Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG für Grundrechte**

Artikel 79 Absatz 3 GG: Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den **Artikeln 1 und 20** niedergelegten Grundrechte / Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.

Sieh **Anlage LSG-40**

**Neue Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 zur Klage vom  
03.Okt.2024 wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998  
und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941 mit Antrag auf  
Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß  
grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG mit ausführlicher  
Begründung in den Kapiteln BVERFG-412, BVERFG-413 und  
BVERFG-414 inkl. Vorlage der Schreiben des**

**Landessozialgerichts (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024  
(eingegangen am 25.11.2024) als**

**Anlage VB-2424 mit aktualisierter, veränderter Stellungnahme bis  
zum 19.12.2024: Die Gerichte übergreifenden Vorgänge ohne  
Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und werden  
> deswegen dem Berichterstatter mit ehrenamtlichen Richtern zur  
Entscheidung übertragen, um endlich eine zukunftsfähige Perspektive  
für den Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen.  
Übertragung an das Bundesverfassungsgericht hat dieselbe  
Zielsetzung. Sieh zwei Schreiben des Landessozialgerichts NRW zu  
**verfassungswidrigen Mehrfachbescheiden** (L 5 P 105/24, L 5 P  
110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024).**

Der Berufungskläger will nicht und kann nicht die Verantwortung für  
die judikative Organisation zuständiger Richter übernehmen, das  
Ergebnis ist entscheidend.

Sieh auch **Anlage LSG-39 (liegt vor)**

**Klage vom 03.Okt.2024 wegen politisch motivierter  
Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung,  
Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen  
Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren  
mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln**

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den  
Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den  
Bayerischen Landtag in München (2010),

**Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 (1941)  
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und  
Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

gegen Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den  
**Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere  
Aufgaben**, 11044 Berlin

**>>> AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage  
gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am  
Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am  
Bayerischen Landtag in München (2010):**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz und  
über 25 (80) Jahre politisch motivierte Zerschlagungen  
seit 1998 (1941), Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen  
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2),  
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)  
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im  
83.Lebensjahr (Z4),  
mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5)  
Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal  
und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum  
Schutz vor staatlichen Übergriffen  
Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.**

**>>> AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und  
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen  
seit 1998, Gründungsjahr von Google,  
mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5  
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und  
Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),  
unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker  
mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch  
Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind,  
mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch  
weisungsgebundene Staatsanwälte,  
Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer  
übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des  
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der  
Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen,  
mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der  
Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem  
Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf  
Datenschutz (Datenschutz-Skandal)**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 80 Jahre politisch  
motiviert Familienzerschlagung sind Anlass zum Nachdenken,  
was sich geändert hat seit 1945:**

**> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter  
Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.**

**> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen  
Betrieb einer sog. "Kunstmühle" (voll automatisiert, wegen  
Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für  
das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen  
(1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk  
(Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.**

**> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte  
Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen  
Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den  
Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter  
Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod  
(2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz.  
Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.**

**Verfassungswidriges Übermaß:**

**Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, vom Sozialversicherungsträger zu verantworten.**  
**Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung, vom Sozialversicherungsträger zu verantworten.**  
**2 x Freiheitsberaubung mit anschließendem JVA-Service für weisungsgebundene Staatsanwälte mit judikativem Boykott in einem Klageerzwingungsverfahren, vom Sozialversicherungsträger als Zeuge in Nonstop-Strafverfahren seit 2011 zu verantworten.**

**Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.**

**Hier ist nur eine Hassgemeinschaft erkennbar, die soziale Zerschlagung will, für Güteverfahren ist eine Gütegemeinschaft erforderlich, ohne einen Prozessbevollmächtigten, der sachliche Begründung mit Mobbing verwechselt, der für den Datenschutz-Skandal namentlich verantwortlich ist und weisungsgebundene Staatsanwälte, die skrupellose Rentenplünderung gegen einen Staatsbürger mit Weltklasse-Höchstleistungen zu verantworten haben.**

**Nicht nur die Wirtschaft braucht eine Strukturreform, soziale Grundversicherungen auch.**

Zentrale Planwirtschaft mit übermäßiger Bürokratie und mit anspruchsvoller, aber Menschenrechte verachtende Sozialpolitik hat schon in der DDR nicht funktioniert, und schon gar nicht im Nationalsozialismus unter Hitler.

Ein neues Desaster ist im Anmarsch auf Deutschland (WAZ 17.12.2024): 3500 Mitarbeiter(innen) beim Software-Hersteller SAP in Deutschland entlassen. Grund: Künstliche Intelligenz begründet die Notwendigkeit neuer Jobs mit Wegfall von 10.000 Stellen weltweit. Diese Veränderung in der Organisationsstruktur eines führenden IT-Unternehmen wird sich in Wirtschaft und Verwaltung fortsetzen.

**Leidtragende sind die Staatsbürger, die zu rechtlosen Untertanen degradiert, deformiert und manipuliert werden. Datenschutz-Skandale, Rentenplünderung-Skandale, juristische Skandale sind die Folge und von den Leidtragenden mit Recht zu bekämpfen.**

**Über 25 (80) Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 waren vermeidbar, wenn Grundrechte bei Rechtsanwendungen respektiert worden wären.**

Kein Weiter so! Beweise in Hülle und Fülle.

**Gerichte übergreifende Aushebelung von Grundrechten der Ewigkeitsklausel, ungeheuerlich in einem demokratischen Sozialstaat, daher Gerichte übergreifende Gütelösungen nach Ampel-Aus ohne Respekt vor Grundrechten nicht vorstellbar. Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum.**

Velbert, 16.Dez.2024



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

**Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in **1986, 1987, 1988** Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums**

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

## **Anlage LSG-40**

**Neue Verfassungsbeschwerde zur vom 01.12.2024 zur Klage gemäß Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln BVERFG-412, BVERFG-413 und BVERFG-414**

inkl. Vorlage der Schreiben des Landessozialgerichts (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024) als **Anlage VB-2424 mit aktualisierter, veränderter Stellungnahme** Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 19.12.2024: Die Gerichte übergreifenden Vorgänge ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und werden > deswegen dem Berichterstatter mit ehrenamtlichen Richtern zur Entscheidung übertragen, um endlich eine zukunftsfähige Perspektive für den Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen. Übertragung an das Bundesverfassungsgericht hat dieselbe Zielsetzung. Daher Übertragung an das Bundesverfassungsgericht. Sieh zwei Schreiben des Landessozialgerichts NRW zu **verfassungswidrigen Mehrfachbescheiden** (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024).

Anlagen im Schriftsatz vom 18.Okt.2024

## **Anlage LSG-39**

**Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 /1941 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln AGV-01 und AGV-02**

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),

**Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

gegen Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den

**Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin**

**>>> AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen**

**Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz und**

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

**seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2), unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)**

**mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4),**

**mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5)**

**Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen**

**Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.**

>>> **AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte, Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:**

> **Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.**

> **Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog. "Kunstmühle" (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.**

> **Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.**

**Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung**

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Alle LSG-nummerierten Anlagen dieser Klage wurden bereits übergeben,

Die Anlagen VE-01 und LSG-02 stimmen überein.

**Anlage VE-02 (vergleichbar mit der Ihnen vorliegenden Leihgabe LSG-30 aus dem Congressmesse-Archiv):** Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit

**Dr. Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

**Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche) Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)**

**Anlage VE-03:** Siehe

Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den

Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38

**Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:**

> > > **Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

**Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010**

**Anlage LSG-33**

**Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024**  
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)

**Anlage LSG-34**

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023**  
**BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)**

**nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001**

**Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren**

**mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,**

**anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.**

**(Anlage LSG-34**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

**Anlage LSG-35**

> **Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024**  
**gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024**

**BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte**

**Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu**

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu**

**verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010**

**mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**(Anlage LSG-35)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 294)

### Anlage LSG-36

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024  
**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998  
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern  
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung  
mit verfassungswidrigem Übermaß im 83.Lebensjahr .**  
Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender  
Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (im Alter von 70 Jahren, über  
12 Jahre)  
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und  
zu sozialer Zerschlagung  
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal  
zu verfassungswidriger Renten-Plünderung seit 2021 (im Alter  
von 80 Jahren) auf  
Pfändungsschutzkonto zum „Schutz“ vor staatlichen Übergriffen  
unter Verantwortung der Ampel-Regierung  
(Anlage LSG-36)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>  
Scroll down after link (page 001/088/156/hier 228/334)

### Anlage LSG-37

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023  
mit Anlage VB-2352  
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin  
offensichtlich im Zusammenhang mit der  
persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als  
Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als  
Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a.  
an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998  
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am  
Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>  
Scroll down after link (page 380)  
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser  
respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener  
Weise gemäß dem Grundgesetz.

### Anlage LSG-38

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024  
**zu Datenschutz-Skandal** gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .  
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des  
Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte  
**Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010**  
**Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika**  
**Piel in 2011-2012**  
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage  
(Anlage LSG-38)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Anlagen im Schriftsatz vom 03.09.2024

### **Anlage LSG-31**

Benachrichtigung des **Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit** über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)  
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>  
Scroll down after link (page 05)

### **Anlage LSG-32** mit Anlage VB-2412 (1 BvR 1943/24) **(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>  
Scroll down after link (page 001/088/156)

**"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch." Die Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten mit hemmungsloser Eskalation hat vor über 25 Jahren begonnen:**

**> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.**

**Von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal**

**Hier: Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024 und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024 und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im SCHUFA-Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa**

### **Anlage VB-2412**

**Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt:** Gemäß Anlage

> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatadresse (Anlage VB-2412 a)

> mit Kopien zu einer **Sammlung verfassungswidriger Mahnbescheide, weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen** (alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch am Berufungsgericht in Essen). (Anlage VB-2412 b)

**Anlage VB-2413:** Letzte Rentenplünderung vom 10.08.2024  
Anlagen im Schriftsatz vom 2.Juli .2024

**Anlage LSG-30 Seite 2**

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von**

**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz**

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024 (eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024 (eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den „Reichsbürgerschwachsinn“ einzugehen“. Ohne Begründung!

**Anlage LSG-27** (Schriftsatz vom 11.Juli 2024 an Sozialgericht Düsseldorf)

für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen L 5 P 110/24:

Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 13.06.2024

(Aktenzeichen 7244015-1) als Anlage der Mitteilung des Sozialgerichts vom 14.06.2024 (S 31 P 457/23, eingegangen am 21.06.2024)

**Beiliegend:** 2.Exemplar der Begründung des Berufungsverfahrens:

**L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**Legende der sozialgerichtlichen Verfahren S 14 P 19/19, S 39 P 19/19, S 39 P 231/12) und nachfolgende mit Eskalation zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Eskalation zu einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln der Schriftsätze seit 2012 sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Dokumentation einsehbar:

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2f.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 15.Juni 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit termingerechter Anfechtung eines Mehrfach-Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 14.05.2024 (eingegangen am 24.05.2024 und am 28.05.2024) mit Berufung und Antrag auf Prozesskostenhilfe**

**LSG-51.** > 75 Jahre Grundgesetz > Europawahl zum 10.Mal in Deutschland

> Anlass um anzumahnen:

Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

**mit Wissen aller Staatsorgane**

**mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer**

unter persönlicher Verantwortung von

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

**unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

**mit Wissen aller Intendanten**

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an

Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

**Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert durch herausragendes Lebenswerk > > >**

**Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977 mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).**

> **Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)**

> > > **ONLINE Congressbände 1976 – 2003**

> > > **<http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=5>**

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:**

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), letzte

Congressmesse in 2003 erzwungen auf Kosten der digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses

Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus

ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,  
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,  
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss und einen diskriminierenden Opferkriminalisierung-Wahnsinn aushalten muss,  
> das seit 2010 (70.Lebensjahr) totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen muss trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,  
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.  
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.  
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,  
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung .  
**LSG-52.** > 75 Jahre Grundgesetz > Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum  
Seit 2010 (71.Lebensjahr): Nonstop–Gerichtsverfahren, Gerichte übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, an Verwaltungsgerichten Regensburg, Düsseldorf und Berlin, am Sozialgericht Düsseldorf, alle bis zum Bundesverfassungsgericht  
> > > **Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Maximierung gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998**  
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit monatlicher Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto, dieses zum Schutz gegen staatliche Übergriffe, und mit  
„öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen „Verbraucherschutz“  
durch Rechtsanwälte des Klägers, verantwortlich für  
Soziale Zerschlagung mit Eskalation von verfassungswidrigen Sozialversicherungen zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diffamierung und sozialer Aussperrung, mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit einem ehemaligen Mitglied der Bundesregierung (heute SCHUFA-Vorstand für Politik und „Datenschutz“)  
**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessische Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999  
> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE__99.pdf)  
> > > Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99  
**Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz:**  
Kein Datenschutz ohne Opferschutz > > > **Datenschutz-Skandal** durch Täter/Opfer-Umkehr  
Opfer wird zum Täter kriminalisiert > > > **Datenschutz-Skandal** durch Opferkriminalisierung-Wahnsinn  
Ohne Rehabilitierung und Schadenersatz > **Datenschutz-Skandal** durch judikativen Boykott und durch staatsanwaltliche Sabotage,

durch „öffentlichen Hass im SCHUFA-Netz“ unter Vortäuschung von „Verbraucherschutz“.

**Datenschutz-Skandal:** Datenschutz ohne Opferschutz mit „Hass im SCHUFA-Netz“ ausgehebelt durch Kumpanei von weisungsgebundenen Staatsanwälten, RAe des klagenden Sozialversicherungsträgers und durch Mitglied der beklagten Bundesregierung unter Altbundeskanzlerin (SCHUFA-Vorstand).

**Maximaler Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung:** Opferdaten werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges Verweigern von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen.

**Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide**

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

**ausschließlich verursacht durch**

über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2010 (70.Lebensjahr) nach Niederschlagung von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

jetzt (2024) gegen Rentner im 83.Lebensjahr

mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit den Europäischen Congressmessen für digitales Innovationswachstum

**Datenschutz:** Opfer ist kein Täter, Kläger und seine Rechtsanwälte sind Mittäter von politisch motivierter Zerschlagungen und daher zu verurteilen, Zu verurteilen: Von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 bis zu sozialer Aussperrung mit „öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen Verbraucherschutz, ohne Opferschutz mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

> Ekelhaft: Opfer-Verhöhnung ohne Respekt vor Grundrechten (Art.1 Abs.1 GG u.a.), massive Verletzung des Europäischen Menschenrechts auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK

Zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Vorrang für grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art. 34 GG.

**LSG-53. > 75 Jahre Grundgesetz >**

**Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum**

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (Krankenversicherung und Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (70.Lebensjahr)

mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr

bis zu sozialer Aussperrung und

mit Opferkriminalisierung-Wahnsinn

zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“

Kläger verantwortlich für verfassungswidrige Sozialversicherungen und für Sabotage von Rehabilitierung und

Schadenersatz mit Gerichte übergreifenden,

seit 2011 andauernden Nonstop-Gerichtsverfahren wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen

mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen.

Aufteilung der Gerichtsverfahren auf Sozialgericht (Pflegeversicherung) und Amtsgericht (Krankenversicherung) ohne Sinn, weil gleiches Rechtsverhältnis,

nur um mit einer Maximierung von Gerichtsverfahren soziale Zerschlagung und effektiven Beitrag zu politisch motivierter Zerschlagung zu leisten.

**Soziale Zerschlagung ist Teil der**

**politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998,**

**erzwungen unter persönlicher Verantwortung von**

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

mit Wissen aller Staatsorgane  
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer  
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks  
mit Wissen aller Intendanten,  
unter Beteiligung des Klägers mit Unterstützung durch weisungsgebundene  
Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern für Missbrauch von  
verfassungswidrigen Sozialversicherungen für politisch motivierte  
Zerschlagung.

Mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an  
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012),  
mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage  
von Verfahren für Rehabilitation und und Schadenersatz  
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG,  
nach Verhinderung von Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen  
mit

[Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für  
digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa.](#)

[Opfer verhöhrender Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung:](#) Opferdaten  
werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges und  
andauerndes Verweigern von rechtlichem Gehör zu über 25 Jahre politisch  
motivierten Zerschlagungen mit kapitalen Vermögensschäden, Todesopfer,  
Freiheitsberaubung mit Psycho-Terror, Polizei-Terror, mit Missbrauch von  
Mahnverfahren, Mahnbescheiden, Bußgeldverfahren, mit Gerichte und  
Instanzen übergreifender Rechtsbeugung, mit krimineller Rentenplünderung  
für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto  
(zum Schutz gegen staatliche Übergriffe gegen Rentner im 83. Lebensjahr).

**Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide**

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

**Rechtsverhältnis ohne Bedeutung, wenn in Rechtsanwendungen  
Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden  
Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach  
Art.20 Abs.4 GG anzunehmen:**

**Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben  
alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht  
möglich ist.**

**Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und  
grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig**

**Brutal verfassungswidrige Rechtsbescheide im Doppelpack mit  
deckungsgleicher Argumentation sind entschieden  
zurückzuweisen.**

**Alle Kosten dem Kläger anzulasten. Strafrechtliche Untersuchung der  
Vorgänge unter Verantwortung der Klägerseite und der  
weisungsgebundenen Staatsanwälte ist der Zukunft des Grundgesetzes  
geschuldet.**

**Anwendungen von Vertragsrecht ohne Respektierung von  
Grundrechten sind verfassungswidrig, also ohne Rechtskraft.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 20.Juli 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-  
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu**

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024  
(eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024  
(eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des  
Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der  
Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den  
Reichsbürgerschwachsinn einzugehen“

**LSG-54.** Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und

L 5 P 105/24 im Kontext von

Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen  
am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am  
Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-  
Strafverfahren), am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige  
Mahnverfahren),  
am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und  
am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-  
Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige Mehrfach-  
Gerichtsbescheide.  
Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung hat sich  
nicht erlaubt, sondern ist gezwungen,  
verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines  
Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf zusammenzufassen zu  
einem Berufungsverfahren mit 2 Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P  
105/24) wegen einheitlicher Begründung,  
um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem fortgeschrittenem  
Lebensalter ohne rechtsanwaltliche Unterstützung zu leisten und eine  
qualifizierte Abwehr gegen Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre  
Abwehrfunktionen nicht respektiert werden.  
Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und  
Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und  
Schadenersatz beklagten Bundesregierung:  
Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer  
Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht  
im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem  
Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen  
grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach  
Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an  
Beweismittel und Zeugen.  
> > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte  
mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung  
unterdrückt wird.  
**LSG-55.** > > Antrag auf Zeugenvernehmung wegen  
Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz:  
**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessischer Beauftragter für  
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,  
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,  
Congressleiter ONLINE 1999, zuständig für Widerspruchsverfahren im  
SCHUFA-Netz  
> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf)  
Leiter von Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und  
Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes (ISBN 3-89077-195-  
5): Telekommunikations-Sicherheit & Helpdesk-Management  
**Europäisches Menschenrecht auf Datenschutz (Art.8 EMRK)**,  
**Datenschutz** ist ein weltweites Grundrecht – Allgemeine Erklärung der **Menschenrechte**  
der Vereinten Nationen, Artikel 12.  
Datenschutz-Skandal: Datenschutz basiert auf Richtigkeit und Integrität der  
Daten. Opfer-Daten mit hohem Schutzbedarf werden hier mit Nonstop-  
Bußgeldverfahren und sozialgerichtlichen Verfahren seit 2011 absichtlich  
zu Täterdaten transformiert,  
> weil mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott  
Rehabilitierung und Schadenersatz für 25 Jahre politisch motivierte  
Zerschlagungen verhindert werden und dadurch Opferdaten mit  
hohemSchutzbedarf in Täterdaten verfälscht werden (Datenverfälschung),  
> weil politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung durch  
Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte fortgesetzt  
werden, dies Gerichte übergreifend und außergerichtlich z.B. mit „Hass im  
SCHUFA-Netz“, mit Psycho-Terror, mit Polizei-Terror, zweimal mit  
Freiheitsberaubung u.a. nach Bedarf  
> weil durch soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen  
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010  
Menschenrechte mit Füßen getreten werden,  
> weil soziale Zerschlagung mit sozialer Diskreditierung, sozialer

Ausgrenzung, sozialer Diskriminierung mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen befeuert und maximiert wird  
> weil Rentenplünderungen (über 500 € pro Monat) gegen einen Rentner im 83.Lebensjahr erzwungen werden, wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen, durch Helfer von weisungsgebundenen Staatsanwälten, unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung auf einem Pfändungsschutzkonto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen, dies auch entgegen den Abwehr-Funktionen der Grundrechte. Sieh Anlage LSG-30 Seite 2

**Leihgabe** aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete 1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99**, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von

**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

**Schriftsatz vom 03.Sept. 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit wiederholter Anmahnung auf Respektierung der Wahrheit und der Grundrechte gegen hemmungslose Eskalation von sozialer Zerschlagung (Faktenlage) und Stellungnahme zu**

**Anlage LSG-31**

**Benachrichtigung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 05)

**Anlage LSG-32** mit Anlage VB-2412

**Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024**

**(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

**> 75 Jahre Deutsches Grundgesetz**

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.**

**LSG-56. Faktenlage:**

**Soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),**

**um Rehabilitierung und Schadenersatz zu unterdrücken:**

**Gerichte übergreifende Nonstop-Gerichtsverfahren, alle wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-Strafverfahren),**

**am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige Mahnverfahren),**

**am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung)**

**und**

**am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-Berufungsverfahren)**

**alle erzwungen mit über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern**

**Faktenlage:**

**Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung von verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang**

**Versicherungsleistungen seit 2010 zu sozialer Zerschlagung im**

**83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß  
ohne eine Chance für Rehabilitierung und Schadenersatz  
trotz 75 Jahre Deutsches Grundgesetz !!!**

**Verfassungswidrige Mahnbescheide erzwungen**, weil  
soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen  
(alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen): Anlass für neues  
Gerichtsverfahren am Sozialgericht (Anlage VB-2412 b)  
**Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal erzwungen**, daher  
**Antragswiederholung auf Zeugenvernehmung wegen**  
Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz:

**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessischer Beauftragter für  
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020  
(Anlage LSG-31, Kapitel LSG-55 mit Anlage LSG-30))

Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten  
und von weisungsgebundenen Staatsanwälten (beide verantwortlich für  
verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz) zugemüllt

**Daher > > > Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

> **75 Jahre Deutsches Grundgesetz**

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998  
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser  
Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit  
verfassungswidrigem Übermaß.**

**Anlage LSG-32 (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 mit Anlage VB-  
2412 a und b)**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 18)

**Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-  
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu untauglicher Fortsetzung  
eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen**

> > > **Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

**Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit  
2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen  
Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen  
seit 1998 Faktenlage)**

> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024  
(eingegangen am 17.09.2024)

mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter  
Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem  
Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz  
und Güteverhandlung wegen

politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich  
sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen  
für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in  
dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert  
werden.

**Datenschutz** ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch  
internationales Menschenrecht.

**Daher Antrag auf Gerichte übergreifende Güte-Lösung für  
grundgesetzlichen nach Art.34 GG**, weil das Zerschlagungsoffer im  
83.Lebensjahr nicht mehr in der Lage ist, simultan, Gerichte und Instanzen  
übergreifend, Tag und Nacht, pausenlos, ohne Unterbrechung an  
Weihnachten, an Ostern, an Wochenenden und ohne Urlaub seit 2010 für  
die Justiz zu arbeiten:

**dank judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage des  
grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und  
Güteverhandlung gemäß Art.34 GG unter Weisungsdruck der zu  
beklagenden Bundesrepublik seit 2010 nach Petitionen an den  
Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag.**

**LSG-57. Faktenlage: 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und  
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

seit 1998, Gründungsjahr von Google,  
mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,  
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im  
83.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß und mit einem  
Datenschutz-Skandal.

**Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 33)

**Schriftsatz vom 18.Okt.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen**

Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 gegen Bundesrepublik Deutschland am Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren **LSG-58. Faktenlage (Fortsetzung):**

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und

über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen

mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr, mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit verfassungswidrigem Übermaß mit Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal.

Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 49)

**Schriftsatz vom 16.Dez.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen**

vorzeitiger Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 gegen

Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und angemessene Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

**LSG-59. Faktenlage (Fortsetzung):**

Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google:

**Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen! **Auch in Zukunft. Daher Vorrang für Rehabilitierung und angemessenen Schadenersatz****

**wegen Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und**

**über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen**

**mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im**

**84.Lebensjahr, mit mehrfacher Freiheitsberaubung,**

**mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung,**

**Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.**

**Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG für Grundrechte**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 69)

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Per Fax an 0201-7992-7302

## Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen Berufungsgericht zu Mehrfach- Gerichtsbescheid

L 5 P 110/24

L 5 P 105/24

Zweigertstraße 54  
45130 Essen

Velbert, 04.02.2025

Berufung vom 15.Juni 2024 zu verfassungswidrigen  
Mehrfachbescheiden mit den Aktenzeichen

-----  
L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

Rechtsstreit

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G, Sozialversicherungsträger  
(Krankenversicherung und hier **Pflegeversicherung**), vertreten durch  
Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger, Berufungsbeklagter

vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**,  
Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),

unterstützt von **weisungsgebundenen Staatsanwälten**,  
mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer,

mit judikativem Service für die Richter,

unter Weisungsdruck durch das **wegen politisch motivierter  
Zerschlagungen beklagten Bundeskanzleramt der amtierenden  
Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland**

gegen

Albin L. Ockl, Beklagter und Berufungskläger,

**Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter  
persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und  
Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

Detaillierte Ausführungen zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku  
nachlesbar:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 90)

**Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:**  
> > > **Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen**  
**Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen**  
**seit 2010** gegen

**Rentner im 84.Lebensjahr,**

Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011,  
als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und  
am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren, mit  
verfassungswidrigem Übermaß,

**mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal** mit „Hass im  
SCHUFA-Netz“, **mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-**  
**Konto** für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-  
Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen  
Übergriffen (über 500 €/Mon),

**zweimal mit Freiheitsberaubung und anschließendem „JVA-**  
**Service“ für weisungsgebundene Staatsanwälte**

wegen politisch motivierten Zerschlagungen nach einem  
herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für  
Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und  
judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf  
Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung und jetzt mit  
**Klage wegen lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941**  
trotz Verfassungsbeschwerden seit 2010 mit einem Grundgesetz, mit  
dem Zustände wie unter Hitler zu verhindern sind und ein neues  
Desaster ist längst im Anmarsch. Die Zukunft von Deutschland mit  
einer zerstrittenen Parteien-Vielfalt ist nicht absehbar.

**Hier: Vorzeitige Fortsetzung Nr.2 eines sozialgerichtlichen**  
**Berufungsverfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision**  
**wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 wegen Rehabilitierung und**  
**längst fälligem, angemessenem Schadenersatz.**

mit neuer Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 gegen  
Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit  
1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und  
Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG  
und Mehr-Richter-Verfahren anstatt Einzelrichter mit einem  
Datenschutz-Skandal hinter einer vernetzten Videowand und jetzt  
auch wegen lebenslanger Familienzerschlagung

> > > **Anspruch auf Entschädigung** wegen sozialer Zerschlagung  
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu  
Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum  
Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch  
motivierten Zerschlagungen seit 1998 gemäß Schriftsatz vom  
1.Okt.2024 ist einzuklagen.

> > > Anspruch auf nicht diskriminierende soziale  
Grundversicherungen bis heute ohne Gehör.

**Daher Antrag auf Gerichte übergreifende Güte-Lösung für**  
**grundgesetzlichen Anspruch auf eine Entschädigung nach Art.34**

**GG**, weil das Zerschlagungsoffer seit 2010 gezwungen ist, simultan,  
Gerichte und Instanzen übergreifend bis zum  
Bundesverfassungsgericht, pausenlos, ohne Rechtsanwalt, ohne  
Unterbrechung an Weihnachten, an Ostern, an Wochenenden und  
ohne Urlaub seit 2010 für die Justiz zu arbeiten:

**dank judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage des**  
**grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz**  
**und angemessene Güteverhandlung gemäß Art.34 GG unter**  
**Weisungsdruck der zu beklagenden Bundesrepublik seit 2010**  
**nach Petitionen an den Deutschen Bundestag und den**  
**Bayerischen Landtag und jetzt mit Ampel-Aus.**

Begründung in fortlaufender Nummerierung:

**LSG-59. Faktenlage** (Fortsetzung vom 04.2.2025 bis BVERFG-417.):

**Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung  
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und  
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen  
seit 1998, Gründungsjahr von Google:**

**Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales  
Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von  
politisch motivierten Zerschlagungen! Auch in Zukunft. Daher  
Vorrang für Rehabilitation und angemessenen Schadenersatz  
wegen Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in  
Bayern, und**

**über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen  
Sozialversicherungen**

**mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im  
84.Lebensjahr,**

**mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung,  
Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.**

**Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG für Grundrechte**

**Gegen Opferkriminalisierung-Wahnsinn und Schadenersatz-  
Sabotage-Wahnsinn durch weisungsgebundene Staatsanwälte  
unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung /  
Bundeskanzleramt (Anlage LSG-42, LSG-41)**

Artikel 79 Absatz 3 GG: Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den **Artikeln 1 und 20** niedergelegten Grundrechte / Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.

Sieh **Anlage LSG-42:** Beantwortung vom 30.01.2025 zu

**Anlage SG-01/25**

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 20.01.2025

(eingegangen am 23.01.2025) mit Ankündigung eines neuen Urteils  
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto  
**mit andauernder Rentenplünderung bis zum Limit** ohne Vorlage  
eines Pfändungsbeschlusses, mit Datenschutz-Skandal mit Hass im  
SCHUFA-Netz unter namentlicher Beteiligung des  
Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers, mit  
grenzenloser Opferkriminalisierung vor dem Hintergrund von  
**politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger  
Familienzerschlagung seit 1941**

Sieh **Anlage LSG-41**

**Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 zur Klage wegen  
politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger  
Familienzerschlagung seit 1941**

mit Antrag auf Rehabilitation, Schadenersatz und Güteverfahren  
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG mit ausführlicher  
Begründung in den Kapiteln BVERFG-415, BVERFG-416 und  
BVERFG-417

> **BVERFG-415. Grundrechte sind Ewigkeitsrechte,**  
**die vom Deutschen Bundestag nicht geändert werden können.**  
**Güteverfahren: Respektieren der Ewigkeitsrechte ist  
einzufordern. Hassverfahren am Amtsgericht Velbert  
einschließlich Missbrauch verfassungswidriger  
Sozialversicherungen für soziale Zerschlagung sind mit aller  
Konsequenz zu bekämpfen:**

**Lebenslange Familienzerschlagung seit über 80 Jahren:**  
Nährboden für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google, unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker wegen Spitzenleistungen für Bayern, Deutschland und Europa. Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung, auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile aus politisch motivierten Zerschlagungen über mehr als ein Viertel Jahrhundert, auf Wiederaufbau des Familien-Unternehmens auf aktuellem Stand fortgeschrittener Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz nach Art.34 GG.

**Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)**

mit mehreren KI-Congressen schon in den 1980er Jahren  
Anzufechtende Hoheitsakte mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG

> **BVERFG-416. Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google (Google zeigt, was möglich ist mit Weltklasse-Höchstleistungen ohne politisch motivierte Zerschlagungen)**

**Beschwerdeführer: Über 25 Jahre Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum, danach: über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal am Amtsgericht Velbert:

**2 Güteverfahren als Hassverfahren nach zweimaliger Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit anschließendem verfassungswidrigen Shitstorm (Hassverfahren)**

Soziale Zerschlagung (Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen (Z4, Z5) mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen parallel am Amtsgericht und am Sozialgericht

mit verfassungswidrigen Mahnbescheiden, daher Widerspruch am Amtsgericht Mayen, als Fortsetzung

mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (14 Jahre parallel und hintereinander ohne Abhilfe)

Verfassungswidrige Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010 mit monatlichen Pfändungen bis zum Limit, als Dauereinrichtung mit und ohne Verwendungszweck

mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5):

**Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal, Freiheitsberaubung**

> **Rentenplünderung-Skandal** auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz und Datenschutz

> **Datenschutz-Skandal** mit Hass im SCHUFA-Netz unter persönlicher Verantwortung der Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers,

> **Datenschutz-Skandal** mit Erschließung neuer Hasspotentiale im

Gerichtssaal des Amtsgerichtes Velbert mit Videowand-  
Vernetzung einer Hassgemeinschaft (Rechtsanwälte des  
Sozialversicherungsträgers, weisungsgebundene Staatsanwälte  
unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung, willfährige  
Richter mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und  
Schadensersatz, Rechtspfleger und Gerichtsvollzieher)

> **Freiheitsberaubung (2x) mit JVA-Serviceleistungen für  
skrupellose Staatsanwälte**

Richterin am Amtsgericht Kunze: Judikative Verantwortung für  
**Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal**  
**weisungsgebundener Staatsanwälte auf Pfändungsschutz-Konto**  
**und mit Hass im SCHUFA-Netz**

Beschwerdeführer will Wiederaufbau seines zerschlagenen  
Familien-Unternehmens für **Weltklasse-Höchstleistungen mit**  
**Künstlicher Intelligenz** als Stiftung aus Schadenersatz nach  
**25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für digitales**  
**Innovationswachstum mit anschließender Zerschlagung**

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland: - 4,1%(2020), - 0,3%(2023),  
- 0,2%(2024)

Richterin am Amtsgericht Kunze in Deutschland will Fortsetzung  
von Hassverfahren und verfassungswidrige Mahnbescheide trotz  
Widerspruch

(weil verfassungswidrig: Rechtsanwendungen ohne  
Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig)  
vollstrecken!

Ist die Richterin in Deutschland noch tragbar?

Einspruch gegen neues Hassverfahren am Amtsgericht Velbert  
(10 C 286/24, eingegangen am 08.01.2025, 1 Tag nach Abgabe des  
Schriftsatzes vom 01.01.2025 zu Güteverfahren vom 03.10.2024  
mit Verfassungsbeschwerde)

> **BVERFG-417**. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom  
03.01.2025 (eingegangen am 16.01.2025) ohne Kenntnis der  
fortgesetzten Klage mit Schriftsatz vom 01.01.2025 an das  
Amtsgericht gemäß Anlage VB-2426.

Antwort an Regierungsdirektorin Krause-Reul:

> **Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“  
gezeigt: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten.**

> **KI-Offensive in Deutschland für Deutschland und Europa**

Die detaillierten Ausführungen zu diesen Kapiteln sind zusätzlich  
nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 109)

Sieh **Anlage LSG-40**

**Neue Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 zur Klage vom**  
**03.Okt.2024 wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998**  
**und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941 mit Antrag auf**  
**Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß**  
**grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG mit ausführlicher**  
**Begründung in den Kapiteln BVERFG-412, BVERFG-413 und**

**BVERFG-414 inkl. Vorlage der Schreiben des**  
**Landessozialgerichts** (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024  
(eingegangen am 25.11.2024) als

**Anlage VB-2424 mit aktualisierter, veränderter Stellungnahme** bis  
zum 19.12.2024: Die Gerichte übergreifenden Vorgänge ohne  
Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und werden  
> deswegen dem Berichterstatter mit ehrenamtlichen Richtern zur  
Entscheidung übertragen, um endlich eine zukunftsfähige Perspektive  
für den Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen.  
Übertragung an das Bundesverfassungsgericht hat dieselbe  
Zielsetzung. Sieh zwei Schreiben des Landessozialgerichts NRW zu

**verfassungswidrigen Mehrfachbescheiden** (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024).

Der Berufungskläger will nicht und kann nicht die Verantwortung für die judikative Organisation zuständiger Richter übernehmen, das Ergebnis ist entscheidend.

Sieh auch **Anlage LSG-39 (liegt vor)**

**Klage vom 03.Okt.2024 wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln**

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),

**Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 (1941) unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

gegen Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den

**Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin**

>>> **AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 (80) Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 (1941), Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2), unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4),**

**mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5) Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen**

**Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.**

>>> **AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

**seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5**

**unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),**

**unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,**

**Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:**

> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.  
> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog. "Kunstmühle" (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.  
> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz.  
Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

### **Verfassungswidriges Übermaß:**

Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, vom Sozialversicherungsträger zu verantworten.  
Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung, vom Sozialversicherungsträger zu verantworten.  
2 x Freiheitsberaubung mit anschließendem JVA-Service für weisungsgebundene Staatsanwälte mit judikativem Boykott in einem Klageerzwingungsverfahren, vom Sozialversicherungsträger als Zeuge in Nonstop-Strafverfahren seit 2011 zu verantworten.  
Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

Hier ist nur eine Hassgemeinschaft erkennbar, die soziale Zerschlagung will, für Güteverfahren ist eine Gütegemeinschaft erforderlich, ohne einen Prozessbevollmächtigten, der sachliche Begründung mit Mobbing verwechselt, der für den Datenschutz-Skandal namentlich verantwortlich ist und weisungsgebundene Staatsanwälte, die skrupellose Rentenplünderung gegen einen Staatsbürger mit Weltklasse-Höchstleistungen zu verantworten haben.

**Nicht nur die Wirtschaft braucht eine Strukturreform, soziale Grundversicherungen auch.**

Zentrale Planwirtschaft mit übermäßiger Bürokratie und mit anspruchsvoller, aber Menschenrechte verachtende Sozialpolitik hat schon in der DDR nicht funktioniert, und schon gar nicht im Nationalsozialismus unter Hitler.

Ein neues Desaster ist im Anmarsch auf Deutschland (WAZ 17.12.2024): 3500 Mitarbeiter(innen) beim Software-Hersteller SAP in Deutschland entlassen. Grund: Künstliche Intelligenz begründet die Notwendigkeit neuer Jobs mit Wegfall von 10.000 Stellen weltweit. Diese Veränderung in der Organisationsstruktur eines führenden IT-Unternehmen wird sich in Wirtschaft und Verwaltung fortsetzen.

**Leidtragende sind die Staatsbürger, die zu rechtlosen Untertanen degradiert, deformiert und manipuliert werden. Datenschutz-Skandale, Rentenplünderung-Skandale, juristische Skandale sind die Folge und von den Leidtragenden mit Recht zu bekämpfen.**  
**Über 25 (80) Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 waren vermeidbar, wenn Grundrechte bei Rechtsanwendungen respektiert worden wären.**

**LSG-60. In Gedenken an Bundespräsident a.D. Horst Köhler  
Berufungskläger in Trauer zu  
9. Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland  
Horst Köhler, verstorben am 01. Feb. 2025.  
Wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit einem im Gerichtsbezirk  
total atypischen Familien-Unternehmen! Mit jährlichen,  
nachhaltigen Weltklasse-Veranstaltungen in den größten  
Congress Centren Deutschlands. Voll digitalisiert im Jahr 2000.**

Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen:

**Dr. Johannes Rau,**  
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,  
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)  
Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf der  
KOMMTECH 1988 in der Messe Essen  
> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

**Dr. Günter Rexrodt,**  
Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf  
dem Senatsempfang der ONLINE 1984 in Berlin,  
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland  
auf der ONLINE 1996 in Hamburg:  
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute  
besonders dringend“. . .  
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten  
Congressangebot für technische Kommunikation  
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

**Dr. Henning Voscherau,**  
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 –  
1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland  
(1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber  
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)  
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:  
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe  
in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."  
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie  
Hamburg und Hafen“  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>  
Scroll down to ONLINE'94  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>  
Scroll down after link (page 7)



**Wir trauern um**  
**hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach**  
**den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH**  
**Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten,**  
**EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister,**  
**Bundesdatenschutzbeauftragte, : :**  
**führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik**  
**und Verwaltung . . . . .**

**Prof. Dr. Horst Köhler**, verstorben am 01. Februar 2025,  
**Bundespräsident a.D.**, Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31. Mai  
2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25. Mai 2010 um  
Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag  
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

**Dr. Henning Voscherau**, verstorben am 24. August 2016  
**Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 -**  
**1997)**  
**Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland**  
**(1990 -1991)**  
Langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber  
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

**Dr. Joachim Jacob**, verstorben am 13. Januar 2024  
**Bundesdatenschutzbeauftragter (1993 - 2003)**  
auf der 17. Europäischen Congressmesse ONLINE'94 in Hamburg zum  
Thema  
**Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes**  
**Informationsmanagement (ISBN 3-89077-126-2)**

>>> 1986-1989: ONLINE '8X in Hamburg><http://www.euro-online.de/h6.htm>

>>> 1990-1993: ONLINE '9X in Hamburg

>>> 1994-1995: ONLINE '9X in Hamburg

>>> 1996-1997: ONLINE '9X in Hamburg

**Karel van Miert,**

**EU-Kommissar für Wettbewerb der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Brüssel, auf der ONLINE '97:**

Maßnahmen der EU zur Öffnung des Telekommunikationsmarktes für neue Wettbewerber.

**Entwicklung des deutschen Telekommunikationsmarktes aus der Sicht der Europäischen Kommission**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'96

**Erkki Liikanen,**

**EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission, Brüssel, auf der ONLINE 2001:**

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

> > > **Das Zerschlagungsoffer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung mit aktiver Beteiligung**

Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und

Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa wie zum Beispiel:

**Dr. Johannes Rau,** Ministerpräsident des Landes Nordrhein-

Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik

Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der

KOMMTECH'88, siehe im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

**Dr. Norbert Blüm,** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Plenarsprecher auf der KOMMTECH'88

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Scroll down

**Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch,** Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik

auf der ONLINE 1980

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

Scroll down

**Dr. Bernhard Vogel,** Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-

Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

**Willibald Hilf,** Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der

öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik

Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf

der ONLINE 1987

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf)

**Dr.h.c. Lothar Späth,** Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena,

Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE '92

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

**Prof. Dr.jur. Erich Häußer**, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

**Dr. Henning Voscherau**, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:  
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“  
**"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

**Dr. Günter Rexrodt**, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :  
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .

**"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

**Dr. Joachim Jacob**, DER BUNDESBEAUFTRAGTE FÜR DEN DATENSCHUTZ auf der ONLINE 1994 in Hamburg, zum Thema „**Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes Informationsmanagement**“

> > > <http://www.euro-online.de/1994.htm>

**Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger**, 9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

**Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke**, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_86.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf)

**Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck**, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_88.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf)

**Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur**, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_89.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf)

**Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fähnrich**, Leiter I+K-Techniken am Fraunhofer-Institut IAO, später Abteilungsleiter Betriebliche Informationssysteme am Institut für Informatik der Universität Leipzig, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1985-1992,

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

**Prof. Dr.-Ing. Eckhard Freund**, Inhaber des Lehrstuhls für Automatisierung und Robotertechnologie in der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik und Leiter des Instituts für Roboterforschung der Universität Dortmund, leitete den 4-tägigen Roboter-Kongress I auf unserer KOMMTECH'87.

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

**Michel Carpentier**, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

**Prof. Dr. Henning Kagermann**, Leiter der Entwicklung Rechnungswesenssysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89, heute Vorsitzender des Kuratoriums von ACATECH, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_89.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf)

**Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn**, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Prof. Dr. Ulrich Killat**, Leiter des Arbeitsbereiches Digitale Kommunikationssysteme an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Scroll down after link (page 7)

**Prof. Dr.-Ing. Anatol Badach**, Professor für Telekommunikation, Fachhochschule Fulda, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Scroll down after link (page 7)

**Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer**, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_95.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_95.pdf)

**Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker**, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

**Prof. Dr. Claus Ehlermann**, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

**Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp**, Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE 1996 /1997

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

**Dr. Wolfgang Bötsch**, Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

**Karel van Miert**, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

**Dr. Alexander Schaub**, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999

> > > <http://www.euro-online.de/h6.htm#>

**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter der ONLINE 1999, Hessischer Datenschutzbeauftragter seit 2020

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE__99.pdf)

**Erkki Liikanen**, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Joachim Erwin**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Matthias Kurth**, Präsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post/Bundesnetzagentur, auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Prof.Dr. Friedrich Vogt**, Lehrstuhl für Telematik an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2002

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

Scroll down after link (page 8)

**Prof.Dr. Bernhard Steffen**, Dekan des Fachbereichs Informatik, Universität Dortmund, Congressleiter der ONLINE 1999 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Scroll down after link (page 10)

**Prof. Dr.sc. Christoph Meinel**, Direktor des Instituts Telematik der Universität Trier, später Geschäftsführer des Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering in Potsdam, Congressleiter der ONLINE 2000 bis ONLINE 2003

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

Scroll down after link (page 6)

**Prof. Dr.-Ing. Heinz Thielmann**, Institutsdirektor, GMD FORSCHUNGSZENTRUM INFORMATIONSTECHNIK GMBH, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 2001 und 2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Prof. Dr.-Ing. Stefan Jähnichen**, Dekan des Fachbereichs Informatik, Technische Universität Berlin, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Scroll down after link (page 10)

**Prof. Dr.-Ing. Manfred Nagl**, Lehrstuhl für Informatik an der RWTH Aachen, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Scroll down after link (page 11)

**Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster**, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentren für Künstliche Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Prof. Dr. Hans H. Bauer**, Lehrstuhl für ABWL und Marketing, Universität Mannheim, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

Scroll down after link (page 10)

**und viele, viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher der Europäischen Congressmessen, ohne Honorar- und Kostenerstattung, ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 innovationsorientierten Referenten pro Congressmesse, für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit**

**Staatsbürger haben Grundrechte, Untertanen nicht**  
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar, Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier,

Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

„Bürger sind keine Untertanen“

**Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,**  
**Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)**

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

**Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle**  
**Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)**

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

**Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,**  
**Präsident des Bundesverfassungsgerichts seit 2020.**

Rechtsbeugung im deutschen Recht ist die vorsätzlich falsche Anwendung des Rechts durch Richter, Amtsträger oder Schiedsrichter bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache zugunsten oder zum Nachteil einer Partei, **in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier,**

**> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 84.Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zu politisch motivierter Justiz mit judikativer Boykottierung und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitation und Schadenersatz.**

**Absolut totales Justizversagen mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden Sozialgerichtsverfahren als Nonstop-Veranstaltungen seit 2011, seit über 14 Jahren ist zu bekämpfen. Anzunehmen ist die Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, solange keine Abhilfe verfügbar:**

Sozialgerichte sind längst informiert über die Verfassungswidrigkeit der Sozialversicherungen und sehen zu, wie der Beklagte vom Kläger in verfassungswidriger Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und deren Helfern gehetzt wird. Der Beklagte ist längst das Justizopfer wegen **absolut totalem Justizversagen ohne Respekt vor Grundrechten, Lebensleistung und Lebenserfahrung gemäß fortgeschrittenem Lebensalter.** Daher Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

und 15.01.2025 im Allgemeinem Register des Bundesverfassungsgericht

unter AR 7589/24 als Sammelstelle weiterer Vorgänge festgehalten:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 109)

**„Nie wieder politisch motivierte Zerschlagungsjustiz wie unter der NS-Diktatur“, so Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 75 Jahren (Mai 1949). Nie wieder ist jetzt 2025 vor neuer Wahl des Deutschen Bundestags nach Ampel-Aus:**

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens, vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung und am Höhepunkt des Ukraine-Kriegs in 2025 am Grab seines Vaters seit 1945 in Kramatorsk (Ostukraine) unter persönlicher Verantwortung von**

**Altbundeskanzler mit Männerfreundschaft zu Putin und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) ohne Reue zu politisch motivierten Zerschlagungen, nicht trotz, sondern**

**wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

-----

Kein Weiter so! Beweise in Hülle und Fülle.

**Gerichte übergreifende Aushebelung von Grundrechten der  
Ewigkeitsklausel, ungeheuerlich in einem demokratischen  
Sozialstaat, daher Gerichte übergreifende Gütelösungen nach  
Ampel-Aus ohne Respekt vor Grundrechten nicht vorstellbar.  
Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum.**

Velbert, 14.Feb.2025

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Albin L. Ockl'.

Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

**Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in **1986, 1987, 1988** Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums**

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

### **Anlage LSG-41**

#### **Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 zur Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941**

mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln BVERFG-415, BVERFG-416 und BVERFG-417

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 109)

**Anlage LSG-42:** Beantwortung vom 30.01.2025 zu

### **Anlage SG-01/25**

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 20.01.2025 (eingegangen am 23.01.2025) mit Ankündigung eines neuen Urteils zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto **mit andauernder Rentenplünderung bis zum Limit** ohne Vorlage eines Pfändungsbeschlusses, mit Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter namentlicher Beteiligung des Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers, mit grenzenloser Opferkriminalisierung vor dem Hintergrund von **politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941**

Anlagen im Schriftsatz vom 16.12.2024

### **Anlage LSG-40**

#### **Neue Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 zur Klage gemäß Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln BVERFG-412, BVERFG-413 und BVERFG-414**

inkl. Vorlage der Schreiben des Landessozialgerichts (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024) als **Anlage VB-2424 mit aktualisierter, veränderter Stellungnahme** Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 19.12.2024: Die Gerichte übergreifenden Vorgänge ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und werden > deswegen dem Berichterstatter mit ehrenamtlichen Richtern zur Entscheidung übertragen, um endlich eine zukunftsfähige Perspektive für den Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen. Übertragung an das Bundesverfassungsgericht hat dieselbe Zielsetzung. Daher Übertragung an das Bundesverfassungsgericht. Sieh zwei Schreiben des Landessozialgerichts NRW zu **verfassungswidrigen Mehrfachbescheiden** (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024).

Anlagen im Schriftsatz vom 18.Okt.2024

### **Anlage LSG-39**

#### **Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 /1941 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln **AGV-01 und AGV-02****

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),

**Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter**

**persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

gegen Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den  
**Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin**

**>>> AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2), unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4), mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5) Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.**

**>>> AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte, **Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)****

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:**

**> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.**

**> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog. "Kunstmühle" (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.**

**> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.**

**Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung**

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Alle LSG-nummerierten Anlagen dieser Klage wurden bereits übergeben,

Die Anlagen VE-01 und LSG-02 stimmen überein.

**Anlage VE-02 (vergleichbar mit der Ihnen vorliegenden Leihgabe LSG-30 aus dem Congressmesse-Archiv):** Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit

**Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall**

[Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung](#)

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

**Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche) Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)**

**Anlage VE-03:** Siehe

Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38

**Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:**

> > > [Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen](#)

[Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010](#)

**Anlage LSG-33**

**Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024 (1 BvR 1943/24, AR 2655/24)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)

**Anlage LSG-34**

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023 BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)**

**nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001**

**Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los, anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.**

**(Anlage LSG-34**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

**Anlage LSG-35**

> **Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024 gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024**

**BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte**

**Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu**

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-**

**Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen**

**ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010**

**mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von**

**Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**(Anlage LSG-35)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 294)

### Anlage LSG-36

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024  
**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998  
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern  
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung  
mit verfassungswidrigem Übermaß im 83.Lebensjahr .**  
Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender  
Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (im Alter von 70 Jahren, über  
12 Jahre)  
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und  
zu sozialer Zerschlagung  
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal  
zu verfassungswidriger Renten-Plünderung seit 2021 (im Alter  
von 80 Jahren) auf  
Pfändungsschutzkonto zum „Schutz“ vor staatlichen Übergriffen  
unter Verantwortung der Ampel-Regierung  
(Anlage LSG-36)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>  
Scroll down after link (page 001/088/156/hier 228/334)

### Anlage LSG-37

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023  
mit Anlage VB-2352  
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin  
offensichtlich im Zusammenhang mit der  
persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als  
Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als  
Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a.  
an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998  
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am  
Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>  
Scroll down after link (page 380)  
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser  
respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener  
Weise gemäß dem Grundgesetz.

### Anlage LSG-38

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024  
**zu Datenschutz-Skandal** gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .  
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des  
Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte  
**Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010**  
**Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika**  
**Piel in 2011-2012**  
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage  
(Anlage LSG-38)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Anlagen im Schriftsatz vom 03.09.2024

### **Anlage LSG-31**

Benachrichtigung des **Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit** über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)  
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>  
Scroll down after link (page 05)

### **Anlage LSG-32** mit Anlage VB-2412 (1 BvR 1943/24) **(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>  
Scroll down after link (page 001/088/156)

**"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch." Die Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten mit hemmungsloser Eskalation hat vor über 25 Jahren begonnen:**

**> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.**

**Von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden**

**Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)**

**zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und**

**zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung**

**mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal**

**Hier: Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten**

**unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft**

**unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz**

**beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt**

**mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024**

**und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024**

**und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim**

**Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit**

**gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

**durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit**

**weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit**

**ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung**

**mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr**

**wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit**

**Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem**

**Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in**

**Deutschland und Europa**

### **Anlage VB-2412**

**Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt:** Gemäß Anlage

> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatadresse (Anlage VB-2412 a)

> mit Kopien zu einer **Sammlung verfassungswidriger**

**Mahnbescheide, weil soziale Zerschlagung mit**

**verfassungswidrigen Sozialversicherungen** (alle mit Einspruch am

Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am

Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch am Berufungsgericht in

Essen). (Anlage VB-2412 b)

**Anlage VB-2413:** Letzte Rentenplünderung vom 10.08.2024  
Anlagen im Schriftsatz vom 2.Juli .2024

**Anlage LSG-30 Seite 2**

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von**

**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz**

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024 (eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024 (eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den „Reichsbürgerschwachsinn“ einzugehen“. Ohne Begründung!

**Anlage LSG-27** (Schriftsatz vom 11.Juli 2024 an Sozialgericht Düsseldorf)

für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen L 5 P 110/24:

Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 13.06.2024

(Aktenzeichen 7244015-1) als Anlage der Mitteilung des Sozialgerichts vom 14.06.2024 (S 31 P 457/23, eingegangen am 21.06.2024)

**Beiliegend:** 2.Exemplar der Begründung des Berufungsverfahrens:

**L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**Legende der sozialgerichtlichen Verfahren S 14 P 19/19, S 39 P 19/19, S 39 P 231/12) und nachfolgende mit Eskalation zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Eskalation zu einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln der Schriftsätze seit 2012 sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Dokumentation einsehbar:

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2f.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 15.Juni 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit termingerechter Anfechtung eines Mehrfach-Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 14.05.2024 (eingegangen am 24.05.2024 und am 28.05.2024) mit Berufung und Antrag auf Prozesskostenhilfe**

**LSG-51.** > 75 Jahre Grundgesetz > Europawahl zum 10.Mal in Deutschland > Anlass um anzumahnen:

Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

**mit Wissen aller Staatsorgane**

**mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer**

unter persönlicher Verantwortung von

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

**unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

**mit Wissen aller Intendanten**

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an

Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

**Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert durch herausragendes Lebenswerk > > >**

**Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977 mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).**

> **Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)**

> > > **ONLINE Congressbände 1976 – 2003**

> > > **<http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=5>**

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:**

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), letzte

Congressmesse in 2003 erzwungen auf Kosten der digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses

Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus

ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,  
 dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,  
 > das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss und einen diskriminierenden Opferkriminalisierung-Wahnsinn aushalten muss,  
 > das seit 2010 (70.Lebensjahr) totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen muss trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,  
 > das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.  
 Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.  
 Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,  
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung .  
**LSG-52.** > 75 Jahre Grundgesetz > Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum  
 Seit 2010 (71.Lebensjahr): Nonstop–Gerichtsverfahren, Gerichte übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, an Verwaltungsgerichten Regensburg, Düsseldorf und Berlin, am Sozialgericht Düsseldorf, alle bis zum Bundesverfassungsgericht  
 > > > **Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Maximierung gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998**  
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit monatlicher Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto, dieses zum Schutz gegen staatliche Übergriffe, und mit  
„öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen „Verbraucherschutz“  
 durch Rechtsanwälte des Klägers, verantwortlich für  
 Soziale Zerschlagung mit Eskalation von verfassungswidrigen Sozialversicherungen zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diffamierung und sozialer Aussperrung, mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit einem ehemaligen Mitglied der Bundesregierung (heute SCHUFA-Vorstand für Politik und „Datenschutz“)  
**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessische Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,  
 Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,  
 Congressleiter ONLINE 1999  
 > > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE__99.pdf)  
 > > > Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99  
**Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz:**  
 Kein Datenschutz ohne Opferschutz > > > **Datenschutz-Skandal** durch Täter/Opfer-Umkehr  
 Opfer wird zum Täter kriminalisiert > > > **Datenschutz-Skandal** durch Opferkriminalisierung-Wahnsinn  
 Ohne Rehabilitierung und Schadenersatz > **Datenschutz-Skandal** durch judikativen Boykott und durch staatsanwaltliche Sabotage,

durch „öffentlichen Hass im SCHUFA-Netz“ unter Vortäuschung von „Verbraucherschutz“.

**Datenschutz-Skandal:** Datenschutz ohne Opferschutz mit „Hass im SCHUFA-Netz“ ausgehebelt durch Kumpanei von weisungsgebundenen Staatsanwälten, RAe des klagenden Sozialversicherungsträgers und durch Mitglied der beklagten Bundesregierung unter Altbundeskanzlerin (SCHUFA-Vorstand).

**Maximaler Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung:** Opferdaten werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges Verweigern von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen.

**Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide**

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

**ausschließlich verursacht durch**

über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2010 (70.Lebensjahr) nach Niederschlagung von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

jetzt (2024) gegen Rentner im 83.Lebensjahr

mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit den Europäischen Congressmessen für digitales Innovationswachstum

**Datenschutz:** Opfer ist kein Täter, Kläger und seine Rechtsanwälte sind Mittäter von politisch motivierter Zerschlagungen und daher zu verurteilen, Zu verurteilen: Von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 bis zu sozialer Aussperrung mit „öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen Verbraucherschutz, ohne Opferschutz mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

> Ekelhaft: Opfer-Verhöhnung ohne Respekt vor Grundrechten (Art.1 Abs.1 GG u.a.), massive Verletzung des Europäischen Menschenrechts auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK

Zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Vorrang für grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art. 34 GG.

**LSG-53. > 75 Jahre Grundgesetz >**

**Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum**

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (Krankenversicherung und Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (70.Lebensjahr)

mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr

bis zu sozialer Aussperrung und

mit Opferkriminalisierung-Wahnsinn

zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“

Kläger verantwortlich für verfassungswidrige Sozialversicherungen und für Sabotage von Rehabilitierung und

Schadenersatz mit Gerichte übergreifenden,

seit 2011 andauernden Nonstop-Gerichtsverfahren wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen

mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen.

Aufteilung der Gerichtsverfahren auf Sozialgericht (Pflegeversicherung) und Amtsgericht (Krankenversicherung) ohne Sinn, weil gleiches Rechtsverhältnis,

nur um mit einer Maximierung von Gerichtsverfahren soziale Zerschlagung und effektiven Beitrag zu politisch motivierter Zerschlagung zu leisten.

**Soziale Zerschlagung ist Teil der**

**politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998,**

**erzwungen unter persönlicher Verantwortung von**

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

mit Wissen aller Staatsorgane  
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer  
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks  
mit Wissen aller Intendanten,  
unter Beteiligung des Klägers mit Unterstützung durch weisungsgebundene  
Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern für Missbrauch von  
verfassungswidrigen Sozialversicherungen für politisch motivierte  
Zerschlagung.

Mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an  
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012),  
mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage  
von Verfahren für Rehabilitation und und Schadenersatz  
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG,  
nach Verhinderung von Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen  
mit

[Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für  
digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa.](#)

[Opfer verhöhrender Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung:](#) Opferdaten  
werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges und  
andauerndes Verweigern von rechtlichem Gehör zu über 25 Jahre politisch  
motivierten Zerschlagungen mit kapitalen Vermögensschäden, Todesopfer,  
Freiheitsberaubung mit Psycho-Terror, Polizei-Terror, mit Missbrauch von  
Mahnverfahren, Mahnbescheiden, Bußgeldverfahren, mit Gerichte und  
Instanzen übergreifender Rechtsbeugung, mit krimineller Rentenplünderung  
für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto  
(zum Schutz gegen staatliche Übergriffe gegen Rentner im 83. Lebensjahr).

**Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide**

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

**Rechtsverhältnis ohne Bedeutung, wenn in Rechtsanwendungen  
Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden  
Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach  
Art.20 Abs.4 GG anzunehmen:**

**Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben  
alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht  
möglich ist.**

**Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und  
grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig**

**Brutal verfassungswidrige Rechtsbescheide im Doppelpack mit  
deckungsgleicher Argumentation sind entschieden  
zurückzuweisen.**

**Alle Kosten dem Kläger anzulasten. Strafrechtliche Untersuchung der  
Vorgänge unter Verantwortung der Klägerseite und der  
weisungsgebundenen Staatsanwälte ist der Zukunft des Grundgesetzes  
geschuldet.**

**Anwendungen von Vertragsrecht ohne Respektierung von  
Grundrechten sind verfassungswidrig, also ohne Rechtskraft.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 20.Juli 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-  
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu**

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024  
(eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024  
(eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des  
Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der  
Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den  
Reichsbürgerschwachsinn einzugehen“

**LSG-54.** Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und

L 5 P 105/24 im Kontext von

Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen  
am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am  
Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-  
Strafverfahren), am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige  
Mahnverfahren),  
am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und  
am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-  
Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige Mehrfach-  
Gerichtsbescheide.  
Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung hat sich  
nicht erlaubt, sondern ist gezwungen,  
verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines  
Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf zusammenzufassen zu  
einem Berufungsverfahren mit 2 Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P  
105/24) wegen einheitlicher Begründung,  
um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem fortgeschrittenem  
Lebensalter ohne rechtsanwaltliche Unterstützung zu leisten und eine  
qualifizierte Abwehr gegen Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre  
Abwehrfunktionen nicht respektiert werden.  
Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und  
Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und  
Schadenersatz beklagten Bundesregierung:  
Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer  
Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht  
im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem  
Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen  
grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach  
Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an  
Beweismittel und Zeugen.  
> > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte  
mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung  
unterdrückt wird.  
**LSG-55.** > > Antrag auf Zeugenvernehmung wegen  
Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz:  
**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessischer Beauftragter für  
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,  
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,  
Congressleiter ONLINE 1999, zuständig für Widerspruchsverfahren im  
SCHUFA-Netz  
> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf)  
Leiter von Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und  
Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes (ISBN 3-89077-195-  
5): Telekommunikations-Sicherheit & Helpdesk-Management  
**Europäisches Menschenrecht auf Datenschutz (Art.8 EMRK)**,  
**Datenschutz** ist ein weltweites Grundrecht – Allgemeine Erklärung der **Menschenrechte**  
der Vereinten Nationen, Artikel 12.  
Datenschutz-Skandal: Datenschutz basiert auf Richtigkeit und Integrität der  
Daten. Opfer-Daten mit hohem Schutzbedarf werden hier mit Nonstop-  
Bußgeldverfahren und sozialgerichtlichen Verfahren seit 2011 absichtlich  
zu Täterdaten transformiert,  
> weil mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott  
Rehabilitierung und Schadenersatz für 25 Jahre politisch motivierte  
Zerschlagungen verhindert werden und dadurch Opferdaten mit hohem  
Schutzbedarf in Täterdaten verfälscht werden (Datenverfälschung),  
> weil politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung durch  
Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte fortgesetzt  
werden, dies Gerichte übergreifend und außergerichtlich z.B. mit „Hass im  
SCHUFA-Netz“, mit Psycho-Terror, mit Polizei-Terror, zweimal mit  
Freiheitsberaubung u.a. nach Bedarf  
> weil durch soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen  
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010  
Menschenrechte mit Füßen getreten werden,  
> weil soziale Zerschlagung mit sozialer Diskreditierung, sozialer

Ausgrenzung, sozialer Diskriminierung mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen befeuert und maximiert wird  
> weil Rentenplünderungen (über 500 € pro Monat) gegen einen Rentner im 83.Lebensjahr erzwungen werden, wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen, durch Helfer von weisungsgebundenen Staatsanwälten, unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung auf einem Pfändungsschutzkonto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen, dies auch entgegen den Abwehr-Funktionen der Grundrechte. Sieh Anlage LSG-30 Seite 2

**Leihgabe** aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete 1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99**, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von

**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

**Schriftsatz vom 03.Sept. 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit wiederholter Anmahnung auf Respektierung der Wahrheit und der Grundrechte gegen hemmungslose Eskalation von sozialer Zerschlagung (Faktenlage) und Stellungnahme zu**

**Anlage LSG-31**

**Benachrichtigung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 05)

**Anlage LSG-32** mit Anlage VB-2412

**Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024**

**(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

**> 75 Jahre Deutsches Grundgesetz**

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.**

**LSG-56. Faktenlage:**

**Soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),**

**um Rehabilitierung und Schadenersatz zu unterdrücken:**

**Gerichte übergreifende Nonstop-Gerichtsverfahren, alle wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-Strafverfahren),**

**am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige Mahnverfahren),**

**am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung)**

**und**

**am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-Berufungsverfahren)**

**alle erzwungen mit über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern**

**Faktenlage:**

**Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung von verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang**

**Versicherungsleistungen seit 2010 zu sozialer Zerschlagung im**

**83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß  
ohne eine Chance für Rehabilitierung und Schadenersatz  
trotz 75 Jahre Deutsches Grundgesetz !!!**

**Verfassungswidrige Mahnbescheide erzwungen**, weil  
soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen  
(alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen): Anlass für neues  
Gerichtsverfahren am Sozialgericht (Anlage VB-2412 b)

**Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal erzwungen**, daher  
**Antragswiederholung auf Zeugenvernehmung wegen**

Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz:

**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessischer Beauftragter für  
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020

(Anlage LSG-31, Kapitel LSG-55 mit Anlage LSG-30))

Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten  
und von weisungsgebundenen Staatsanwälten (beide verantwortlich für  
verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz) zugemüllt

**Daher > > > Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

> **75 Jahre Deutsches Grundgesetz**

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser  
Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit  
verfassungswidrigem Übermaß.**

**Anlage LSG-32 (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 mit Anlage VB-  
2412 a und b)**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 18)

**Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-  
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu untauglicher Fortsetzung  
eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen**

> > > **Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

**Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit  
2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen  
Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen  
seit 1998 Faktenlage)**

> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024  
(eingegangen am 17.09.2024)

mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter  
Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem  
Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz  
und Güteverhandlung wegen

politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich  
sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen  
für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in  
dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert  
werden.

**Datenschutz** ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch  
internationales Menschenrecht.

**Daher Antrag auf Gerichte übergreifende Güte-Lösung für  
grundgesetzlichen nach Art.34 GG**, weil das Zerschlagungsoffer im  
83.Lebensjahr nicht mehr in der Lage ist, simultan, Gerichte und Instanzen  
übergreifend, Tag und Nacht, pausenlos, ohne Unterbrechung an  
Weihnachten, an Ostern, an Wochenenden und ohne Urlaub seit 2010 für  
die Justiz zu arbeiten:

**dank judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage des  
grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und  
Güteverhandlung gemäß Art.34 GG unter Weisungsdruck der zu  
beklagenden Bundesrepublik seit 2010 nach Petitionen an den  
Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag.**

**LSG-57. Faktenlage: 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und  
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

seit 1998, Gründungsjahr von Google,  
mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,  
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im  
83.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß und mit einem  
Datenschutz-Skandal.

**Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 33)

**Schriftsatz vom 18.Okt.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-  
Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen**

Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis  
einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024  
gegen Bundesrepublik Deutschland am Amtsgericht Velbert  
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf  
Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß  
grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

**LSG-58. Faktenlage (Fortsetzung):**

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und

über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen

Sozialversicherungen

mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr, mit

mehrfacher Freiheitsberaubung,

mit verfassungswidrigem Übermaß mit Rentenplünderung-Skandal und mit

Datenschutz-Skandal.

Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 49)

**Schriftsatz vom 16.Dez.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-  
Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen**

vorzeitiger Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis  
einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 auf  
Rehabilitierung und Schadenersatz mit neuer  
Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 gegen

Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und angemessene

Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und

Mehr-Richter-Verfahren

**LSG-59. Faktenlage (Fortsetzung):**

Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google:

**Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales**

**Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von**

**politisch motivierten Zerschlagungen! Auch in Zukunft. Daher Vorrang**

**für Rehabilitierung und angemessenen Schadenersatz**

**wegen Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in**

**Bayern, und**

**über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

**Sozialversicherungen**

**mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im**

**84.Lebensjahr, mit mehrfacher Freiheitsberaubung,**

**mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung,**

**Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.**

**Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG für Grundrechte**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 69)

**Schriftsatz vom 14.Feb.2025 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen**

vorzeitiger Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 auf Rehabilitation und Schadenersatz mit neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 gegen Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitation, Schadenersatz und angemessene Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

**LSG-59. Faktenlage** (Fortsetzung vom 4.2.2025 bis BVERFG-417.):

**Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz und**

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

**seit 1998, Gründungsjahr von Google:**

**Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen! Auch in Zukunft. Daher Vorrang für Rehabilitation und angemessenen Schadenersatz wegen Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und**

**über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen**

**mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im**

**84.Lebensjahr,**

**mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.**

**Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG für Grundrechte**

**Gegen Opferkriminalisierung-Wahnsinn und Schadenersatz-Sabotage-Wahnsinn durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt (Anlage LSG-42, LSG-41)**

**LSG-60. In Gedenken an Bundespräsident a.D. Horst Köhler**

**Berufungskläger in Trauer zu**

**9.Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland**

**Horst Köhler, verstorben am 01.Feb.2025.**

**Wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit einem im Gerichtsbezirk total atypischen Familien-Unternehmen! Mit jährlichen, nachhaltigen Weltklasse-Veranstaltungen in den größten Congress Centren Deutschlands. Voll digitalisiert im Jahr 2000.**

**Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.**

**Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen:**

**> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>**

**Scroll down after link (page 90)**

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der  
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Per Fax an 0201-7992-7302

**Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen  
Berufungsgericht zu Mehrfach-  
Gerichtsbescheid  
L 5 P 110/24  
L 5 P 105/24**

**Zweigertstraße 54  
45130 Essen**

Velbert, 07.März 2025

Berufung vom 15.Juni 2024 zu verfassungswidrigen  
Mehrfachbescheiden mit den Aktenzeichen

-----  
**L 5 P 110/24:** S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)  
**L 5 P 105/24:** S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

Rechtsstreit  
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G, Sozialversicherungsträger  
(Krankenversicherung und hier **Pflegeversicherung**), vertreten durch  
Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger, Berufungsbeklagter  
vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**,  
Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),  
unterstützt von **weisungsgebundenen Staatsanwälten**,  
mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer,  
mit judikativem Service für die Richter,  
unter Weisungsdruck durch das **wegen politisch motivierter  
Zerschlagungen beklagte Bundeskanzleramt der amtierenden  
Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland**  
gegen

Albin L. Ockl, Beklagter und Berufungskläger seit 2011  
nach Petitionen an den

Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und  
Bayerischen Landtag in München (2010), mit

**Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten  
Prof. Dr. Horst Köhler mit sofortiger Wirkung nach Eingang der  
Bitte des Beklagten um Unterstützung in den Petitionen in 2010  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter  
persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und  
Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

Detaillierte Ausführungen zu diesem Schriftsatz zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 123)

**Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:**

> > > **Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

**Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010** gegen

**Rentner im 84.Lebensjahr,**

Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011, als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,

**mit verfassungswidrigem Übermaß,**

**mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal** mit „Hass im SCHUFA-Netz“, **mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto** für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),

**zweimal mit Freiheitsberaubung und anschließendem „JVA-Service“ für weisungsgebundene Staatsanwälte**

wegen politisch motivierten Zerschlagungen nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung und jetzt mit **Klage wegen lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941** trotz Verfassungsbeschwerden seit 2010 mit einem Grundgesetz, mit dem Zustände wie unter Hitler zu verhindern sind und ein neues Desaster ist längst im Anmarsch. Die Zukunft von Deutschland mit einer zerstrittenen Pateien-Vielfalt ist nicht absehbar.

**Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Berufungsverfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 wegen Rehabilitierung und längst fälligem, angemessenem Schadenersatz.**

mit neuer Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 gegen Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren anstatt Einzelrichter mit einem Datenschutz-Skandal hinter einer vernetzten Videowand und jetzt auch wegen lebenslanger Familienzerschlagung

> > > **Anspruch auf Entschädigung** wegen sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 gemäß Schriftsatz vom 1.Okt.2024 ist einzuklagen.

> > > Anspruch auf nicht diskriminierende soziale Grundversicherungen bis heute ohne Gehör.

**Daher Antrag auf Gerichte übergreifende Güte-Lösung für grundgesetzlichen Anspruch auf eine Entschädigung nach Art.34 GG,** weil das Zerschlagungsopfer seit 2010 gezwungen ist, simultan,

Gerichte und Instanzen übergreifend bis zum Bundesverfassungsgericht, pausenlos, ohne Rechtsanwalt, ohne Unterbrechung an Weihnachten, an Ostern, an Wochenenden und ohne Urlaub seit 2010 für die Justiz zu arbeiten:

**dank judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage des**

grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und angemessene Güteverhandlung gemäß Art.34 GG unter Weisungsdruck des zu beklagenden Bundeskanzleramtes seit 2010 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag mit dem Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhlers mit sofortiger Wirkung und jetzt mit Ampel-Aus.

**Hier:** Kein Weiter so in Gedenken an zwei hochgeschätzte Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten **anlässlich der Übertragung der Berufung** in den Beschlüssen der beiden Berufungsverfahren L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24 und Stellungnahme zu den Beschlüssen vom 20.02.2025 (eingegangen am 24.02.2025)

**Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO**

Begründung mit fortlaufender Nummerierung:

**LSG-61. Zielführend: Ganzheitliche Problemlösung ohne Inanspruchnahme des Bundessozialgericht**

> **Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?**

> **Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz und**

> **über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

**seit 1998, Gründungsjahr von Google,**

> **über 15 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

**Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer**

**Zerschlagung im 84.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem**

**Übermaß von 2xFreiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.**

**Wendepunkt für Deutschland, sich ehrlich zu machen:**

**Berufungskläger hat grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz (Art.34 GG).**

**Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,**

**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen,**

**in besonderen Gedenken an zwei aufeinanderfolgende**

**hochgeschätzte Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und**

**einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer zwischen Ost und West:**

**Dr. Johannes Rau,** verstorben am 27.Januar 2006

**Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,**

**Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)**

Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf der

**KOMMTECH 1988,** der 5.Europäischen Kongressmesse des

**Berufungsklägers** für technische Automation (1 Jahr vor dem

Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen

Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88) in der Messe Essen in

**500 m Entfernung vom Landessozialgericht.**

mit 25 ganztägigen Symposien, 25 Innovationsschwerpunkten,

thematisch geordnet in 6 Kongressen mit professionellem Wissens-

management in 6 ISBN-nummerierten Kongressbänden mit hoher

Auflage, so aktuell wie heute (z.B. Expertensysteme, Wissens-

basierte Systeme, Künstliche Intelligenz in Kongress III mit den

ganztägigen Symposien/Innovationsschwerpunkten 10,11,12,13 in

1988)

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Aus traurigem Anlass in besonderem Gedenken an

**Prof. Dr. Horst Köhler**, verstorben am 01. Februar 2025,  
**Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland** (2004-2010),  
mit besonderer Beziehung zu den Petitionen von 2010 an den  
**Deutschen Bundestag und zeitgleich an den Bayerischen  
Landtag:**

**Erster Rücktritt eines Bundespräsidenten in Deutschland:**  
Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31. Mai 2010 nach Eingang der  
vom Berufungskläger mit Schreiben vom 25. Mai 2010 vorgetragenen  
Bitte um Unterstützung seiner Petition am Deutschen Bundestag, die  
anschließend unter persönlicher Verantwortung der  
Altbundeskanzlerin niedergeschlagen wurde:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

unter Hinweis auf ein sorgfältig ausgearbeitetes Schreiben an die  
amtierende **Bundeskanzlerin Angela Merkel** und weitere  
Entscheidungsträger gemäß Anlage in diesem Schreiben vom  
22.02.2010 an

**Dr. Guido Westerwelle**, Vizekanzler der Bundesregierung in 2010,  
**Prof. Dr. Annette Schavan**, Bundesministerin für Bildung und  
Forschung und

**Rainer Brüderle**, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:  
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende  
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Sieh **auch Kapitel LSG-60**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 97 und 98).

Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Herausragender Einsatz eines  
Bundespräsidenten, um auf **enormes Staatsversagen** warnend  
aufmerksam zu machen: Sieh auch **früheren Bundespräsident des  
Bundesverfassungsgericht Hans-Jürgen Papier**

**Dr. Bernhard Vogel**, verstorben am 02. März 2025,  
Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des  
Freistaates Thüringen, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender  
der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten,

**Festredner auf der ONLINE'85**

> > > <https://www.euro-online.de/1984.htm>

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>

Scroll down to ONLINE'85

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und  
der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat.

Anlässlich seiner Festrede auf der ONLINE'85 in Düsseldorf hat der  
heutige Berufungskläger das Jugendorchester seines Wohnortes  
aufspielen lassen, mit der

**Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel** im Mittelpunkt.

Mitgespielt im Jugendorchester des Velberter Gymnasiums hat auch  
der Sohn des heutigen Berufungsklägers, dessen Kinder das  
Familienunternehmen weiterführen sollten, wenn nicht irre  
Spitzenpolitiker mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und deren  
verheerenden Folgen **die digitale Innovationselite in Deutschland**  
eliminiert hätten,

ohne Verstand, bis heute ohne Aufarbeitung.

Besonderes Gedenken als persönliche Anzeige des  
Berufungsklägers: > > >



**Wir trauern um**

**hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte, : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .**

**Prof. Dr. Horst Köhler**, verstorben am 01. Februar 2025, **Bundespräsident a.D.**, Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31. Mai 2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25. Mai 2010 um Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag in Berlin  
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>  
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>  
Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Warnsignal als Hinweis auf enormes Staatsversagen

**Dr. Johannes Rau**, verstorben am 27. Januar 2006  
**Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)**  
Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf unserer **KOMMTECH 1988**, der 5. Europäischen Kongressmesse für technische Automation in Essen  
1 Jahr vor dem Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88 auf dem Weg zur Wiedervereinigung  
> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>  
> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

**Dr. Bernhard Vogel**, verstorben am 02. März 2025,  
Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten in 1985,  
**Festredner auf der ONLINE'85 in Düsseldorf**  
> > > <https://www.euro-online.de/1984.htm>  
> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>  
Scroll down to ONLINE'85  
Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat.  
Anlässlich der Festrede auf der ONLINE'85 hat das Jugendorchester meines Wohnortes am Gymnasium Velbert aufgespielt mit der **Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel** als musikalischer Rahmen für Innovationsaufbruch und -wachstum.

**Der Berufungskläger ist stolz auf die besondere Beziehung zu zwei hochgeschätzten Bundespräsidenten und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten**, die ihn motivieren und für ihn auch eine Verpflichtung sind, um auf katastrophale Fehlentwicklungen und falsche Wege hinzuweisen:

Wenn der Sozialstaat unter finanziellen Problemen leidet, dann ist **soziale Zerschlagung als Folge von über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen der falsche Weg, mit einem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, in dem die soziale Sicherheit des Betroffenen keine Bedeutung mehr hat, weil mit Absicht verfassungswidrige Sozialversicherungen unter absichtlicher Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen missbraucht wurden, der falsche Weg**, um diese Probleme zu lösen.

Sozialversicherungen sind **verfassungswidrig**, wenn kein Zugang zu Versicherungsleistungen besteht, weil sie auf einem Pfändungsschutz-Konto kassiert werden, auf einem Pfändungsschutz-Konto, auf dem bis heute von weisungsgebundenen Staatsanwälten bis zum Pfändungslimit gepfändet wird **wegen sozialer Zerschlagung**: das ist **ehrlich!**

Der Berufungskläger, dem bis heute absichtlich Rehabilitation und Schadenersatz verweigert wird, der immer noch **monatliche Renten-Plünderung bis zum Limit** auch ohne Pfändungsbeschluss hinnehmen muss, der einen **Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter direkter Verantwortung des Prozessbevollmächtigten** des Sozialversicherungsträger ausgesetzt ist u.v.a.m..

Der Berufungskläger weist darauf hin, dass seine politisch motivierten Zerschlagungen nicht nur trotz, **sondern vielmehr wegen** seiner Weltklasseleistungen mit den Europäischen Congressmessen eine negative Wirkung auf das Ansehen von Deutschland werfen. Dementsprechend hat er die Erwartung, dass der **Vorsitzende Richter** gerade mit Unterstützung durch ehrenamtliche Richter auf die besonderen Zusammenhänge, **expressis verbis**, darauf eingeht, auf **hochqualifizierte und hochgeschätzte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, in besonderem Gedenken an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten als Brückenbauer von Ost und West, aktueller denn je!**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Sieh **auch Kapitel LSG-60**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 97 und 98)

Die wahnsinnige Täter / Opfer – Umkehr ist nicht mehr nachvollziehbar. Der Berufungskläger hat zum wiederholtem Male Klage erhoben gegen die amtierende Bundesregierung wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitation und Schadenersatz nach Art.34 GG:

**Kapitel 161. Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google**  
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001  
**mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)**

Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im 60. Lebensjahr des Zerschlagungsopfers  
**unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005),**  
**unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert,**

mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

**Totales Justiz-Versagen und enormes Staatsversagen**

zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz ständiger Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011

**Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum**

> **Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1)** mit Erzwingung durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000

> **Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Todesopfer (2012) und Nachlassinsolvenz**

unter persönlicher Verantwortung des heutigen bayerischen Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin nach zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag in 2010

> **Zerschlagung mit willfährigen Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 (Z3)** mit Rückendeckung durch das Bundeskanzleramt

> **Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (Z4)** unter Weisungsdruck des Bundeskanzleramts

> **Zerschlagung mit ständigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 unter weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Hilfe verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z5)** ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,

mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender Pfändung von Rechtsanwaltskosten bis zum Limit ohne jeden Pfändungsbeschluss für verfassungswidrige Krankenversicherung des Sozialversicherungsträgers,

gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,

**mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps** mit JVA-Service für weisungsgebundene Staatsanwälte gegen Rentner im Schlafanzug,

**mit Polizei-Terror bei Dunkelheit** auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,

**mit Psycho-Terror** durch Obergerichtsvollzieher(in),

**mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,**

> **Weisungsbefugnis und Weisungsdruck des beklagten Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt,**  
dieses vertreten vom Kanzleramtsminister,

- > mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz, durch Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München (BfJ), durch Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe
- > mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010
- > mit kapitalen Vermögensschäden
- > mit erdrückender Beweislage und Dokumentation

Die detaillierten Ausführungen zum Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf>

Scroll down after link (page 361)

**Leidtragende sind die Staatsbürger, die zu rechtlosen Untertanen degradiert, deformiert und manipuliert werden. Datenschutz-Skandale, Rentenplünderung-Skandale, juristische Skandale sind die Folge und von den Leidtragenden mit Recht zu bekämpfen. Über 25 (80) Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 waren vermeidbar, wenn Grundrechte bei Rechtsanwendungen respektiert worden wären.**

**Staatsbürger haben Grundrechte, Untertanen nicht**

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar, Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier,

Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

„Bürger sind keine Untertanen“, „Staat sollte sich auf seine Kernaufgaben beschränken und die anständig wahrnehmen“

**Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,**  
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

**Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle**  
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

**Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,**  
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.

Rechtsbeugung im deutschen Recht ist die vorsätzlich falsche Anwendung des Rechts durch Richter, Amtsträger oder Schiedsrichter bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache zugunsten oder zum Nachteil einer Partei, **in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier,**

**> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998  
< mit sozialer Zerschlagung im 84.Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zu politisch motivierter Justiz mit judikativer Boykottierung und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitation und Schadenersatz.**

**Absolut totales Justizversagen mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden Sozialgerichtsverfahren als Nonstop-Veranstaltungen seit 2011, seit über 14 Jahren ist zu bekämpfen. Anzumachen ist die Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, solange keine Abhilfe verfügbar:**

Sozialgerichte sind längst informiert über die Verfassungswidrigkeit der Sozialversicherungen und sehen zu, wie der Beklagte vom Kläger in verfassungswidriger Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und deren Helfern gehetzt wird. Der Beklagte ist längst das Justizopfer wegen **absolut totem Justizversagen ohne Respekt vor Grundrechten, Lebensleistung und Lebenserfahrung gemäß fortgeschrittenem Lebensalter**. Daher

Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

und 15.01.2025 im Allgemeinem Register des Bundesverfassungsgericht

unter AR 7589/24 als Sammelstelle weiterer Vorgänge festgehalten:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 109)

**„Nie wieder politisch motivierte Zerschlagungsjustiz wie unter der NS-Diktatur“, so Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 75 Jahren (Mai 1949). Nie wieder ist jetzt 2025 vor neuer Wahl des Deutschen Bundestags nach Ampel-Aus:**

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens, vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung und am Höhepunkt des Ukraine-Kriegs in 2025 am Grab seines Vaters seit 1945 in Kramatorsk (Ostukraine) unter persönlicher Verantwortung von**

**Altbundeskanzler mit Männerfreundschaft zu Putin und**

**Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) ohne Reue zu politisch motivierten Zerschlagungen, nicht trotz, sondern**

**wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

-----  
Kein Weiter so! Beweise in Hülle und Fülle.

**Gerichte übergreifende Aushebelung von Grundrechten der Ewigkeitsklausel, ungeheuerlich in einem demokratischen Sozialstaat, daher Gerichte übergreifende Gütelösungen und Entschädigung nach Ampel-Aus ohne Respekt vor Grundrechten nicht vorstellbar.**

**Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum. Daher:**

> > > **Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO** gegen

Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit

Opferkriminalisierung, u.a. mit verfassungswidrigen

Sozialversicherungen, mit Verweigerung von Rehabilitierung und

angemessener Entschädigung gemäß

grundgesetzlichem Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz

nach Art.34 GG sowie Rückerstattung verfassungswidriger

Kontopfändungen

Velbert, 07.März 2025



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

**Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in **1986, 1987, 1988** Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums**

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlagen im Schriftsatz vom 04.Feb.2025

**Anlage LSG-41**

**Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 zur Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941**

mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln BVERFG-415, BVERFG-416 und BVERFG-417

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 109)

**Anlage LSG-42: Beantwortung vom 30.01.2025 zu**

**Anlage SG-01/25**

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 20.01.2025

(eingegangen am 23.01.2025) mit Ankündigung eines neuen Urteils

zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto

**mit andauernder Rentenplünderung bis zum Limit** ohne Vorlage

eines Pfändungsbeschlusses, mit Datenschutz-Skandal mit Hass im

SCHUFA-Netz unter namentlicher Beteiligung des

Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers, mit

grenzenloser Opferkriminalisierung vor dem Hintergrund von

**politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger**

**Familienzerschlagung seit 1941**

Anlagen im Schriftsatz vom 16.12.2024

**Anlage LSG-40**

**Neue Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 zur Klage gemäß Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln BVERFG-412, BVERFG-413 und BVERFG-414**

inkl. Vorlage der Schreiben des Landessozialgerichts (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024) als

**Anlage VB-2424 mit aktualisierter, veränderter Stellungnahme**

Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 19.12.2024: Die Gerichte übergreifenden Vorgänge ohne Respektierung von Grundrechten sind

verfassungswidrig und werden > deswegen dem Berichterstatter mit ehrenamtlichen Richtern zur Entscheidung übertragen, um endlich

eine zukunftsfähige Perspektive für den Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen. Übertragung an das

Bundesverfassungsgericht hat dieselbe Zielsetzung. Daher

Übertragung an das Bundesverfassungsgericht. Sieh zwei Schreiben des Landessozialgerichts NRW zu **verfassungswidrigen**

**Mehrfachbescheiden** (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024

(eingegangen am 25.11.2024).

**Anlage LSG-39**

**Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 /1941 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln AGV-01 und AGV-02**

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),

**Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

gegen Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den

**Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin**

**>>> AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz und**

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

**seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen**

**am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2),**

**unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)**

**mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im**

**83.Lebensjahr (Z4),**

**mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5)**

**Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal**

**und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum**

**Schutz vor staatlichen Übergriffen**

**Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.**

**>>> AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und**

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

**seit 1998, Gründungsjahr von Google,**

**mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5**

**unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und**

**Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),**

**unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker**

**mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch**

**Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind,**

**mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch**

**weisungsgebundene Staatsanwälte,**

**Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer**

**übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des**

**Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der**

**Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen,**

**mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der**

**Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem**

**Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf**

**Datenschutz (Datenschutz-Skandal)**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken,**

**was sich geändert hat seit 1945:**

**> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter**

**Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.**

**> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen**

**Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen**

**Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für**

das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.  
> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

**Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung**

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Alle LSG-nummerierten Anlagen dieser Klage wurden bereits übergeben,

Die Anlagen VE-01 und LSG-02 stimmen überein.

**Anlage VE-02 (vergleichbar mit der Ihnen vorliegenden Leihgabe LSG-30 aus dem Congressmesse-Archiv):** Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit

**Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall**

[Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung](#)

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

**Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche) Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)**

**Anlage VE-03:** Siehe

Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38

**Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:**

> > > [Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen](#)

[Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010](#)

**Anlage LSG-33**

**Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024**  
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)

**Anlage LSG-34**

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023**  
**BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)**

**nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001**

**Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los, anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.**

(Anlage LSG-34)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

**Anlage LSG-35**

> **Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024**  
**gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024**

**BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte**

**Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu**

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden**

**Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu**

**verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010**

**mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

(Anlage LSG-35)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 294)

### Anlage LSG-36

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024  
**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998  
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern  
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung  
mit verfassungswidrigem Übermaß im 83.Lebensjahr .  
Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender  
Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (im Alter von 70 Jahren, über  
12 Jahre)  
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und  
zu sozialer Zerschlagung  
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal  
zu verfassungswidriger Renten-Plünderung seit 2021 (im Alter  
von 80 Jahren) auf  
Pfändungsschutzkonto zum „Schutz“ vor staatlichen Übergriffen  
unter Verantwortung der Ampel-Regierung  
(Anlage LSG-36)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>  
Scroll down after link (page 001/088/156/hier 228/334)**

### Anlage LSG-37

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023  
mit Anlage VB-2352  
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin  
offensichtlich im Zusammenhang mit der  
persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als  
Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als  
Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a.  
an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998  
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am  
Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>  
Scroll down after link (page 380)  
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser  
respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener  
Weise gemäß dem Grundgesetz.

### Anlage LSG-38

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024  
**zu Datenschutz-Skandal** gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .  
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des  
Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte  
**Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010**  
**Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika  
Piel in 2011-2012**  
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage  
(Anlage LSG-38)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Anlagen im Schriftsatz vom 03.09.2024

### **Anlage LSG-31**

Benachrichtigung des **Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit** über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)  
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>  
Scroll down after link (page 05)

### **Anlage LSG-32** mit Anlage VB-2412 (1 BvR 1943/24) **(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>  
Scroll down after link (page 001/088/156)

**"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch." Die Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten mit hemmungsloser Eskalation hat vor über 25 Jahren begonnen:**

**> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.**

**Von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden**

**Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)**

**zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und**

**zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung**

**mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal**

**Hier: Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten**

**unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft**

**unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz**

**beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt**

**mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024**

**und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024**

**und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim**

**Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit**

**gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

**durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit**

**weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit**

**ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung**

**mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr**

**wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit**

**Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem**

**Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in**

**Deutschland und Europa**

### **Anlage VB-2412**

**Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt:** Gemäß Anlage

> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatadresse (Anlage VB-2412 a)

> mit Kopien zu einer **Sammlung verfassungswidriger Mahnbescheide, weil soziale Zerschlagung mit**

**verfassungswidrigen Sozialversicherungen** (alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch am Berufungsgericht in Essen). (Anlage VB-2412 b)

**Anlage VB-2413:** Letzte Rentenplünderung vom 10.08.2024  
Anlagen im Schriftsatz vom 2.Juli .2024

**Anlage LSG-30 Seite 2**

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von**

**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz**

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024 (eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024 (eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den „Reichsbürgerschwachsinn“ einzugehen“. Ohne Begründung!

**Anlage LSG-27** (Schriftsatz vom 11.Juli 2024 an Sozialgericht Düsseldorf)

für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen L 5 P 110/24:

Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 13.06.2024

(Aktenzeichen 7244015-1) als Anlage der Mitteilung des Sozialgerichts vom 14.06.2024 (S 31 P 457/23, eingegangen am 21.06.2024)

**Beiliegend:** 2.Exemplar der Begründung des Berufungsverfahrens:

**L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**Legende der sozialgerichtlichen Verfahren S 14 P 19/19, S 39 P 19/19, S 39 P 231/12) und nachfolgende mit Eskalation zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Eskalation zu einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln der Schriftsätze seit 2012 sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Dokumentation einsehbar:

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2f.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 15.Juni 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit termingerechter Anfechtung eines Mehrfach-Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 14.05.2024 (eingegangen am 24.05.2024 und am 28.05.2024) mit Berufung und Antrag auf Prozesskostenhilfe**

**LSG-51.** > 75 Jahre Grundgesetz > Europawahl zum 10.Mal in Deutschland > Anlass um anzumahnen:

Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

**mit Wissen aller Staatsorgane**

**mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer**

unter persönlicher Verantwortung von

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

**unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

**mit Wissen aller Intendanten**

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an

Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

**Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert durch herausragendes Lebenswerk > > >**

**Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977 mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).**

> **Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)**

> > > **ONLINE Congressbände 1976 – 2003**

> > > **<http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=5>**

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:**

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), letzte

Congressmesse in 2003 erzwungen auf Kosten der digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses

Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus

ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,  
 dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,  
 > das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss und einen diskriminierenden Opferkriminalisierung-Wahnsinn aushalten muss,  
 > das seit 2010 (70.Lebensjahr) totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen muss trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,  
 > das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.  
 Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.  
 Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,  
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung .  
**LSG-52.** > 75 Jahre Grundgesetz > Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum  
 Seit 2010 (71.Lebensjahr): Nonstop–Gerichtsverfahren, Gerichte übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, an Verwaltungsgerichten Regensburg, Düsseldorf und Berlin, am Sozialgericht Düsseldorf, alle bis zum Bundesverfassungsgericht  
 > > > **Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Maximierung gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998**  
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit monatlicher Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto, dieses zum Schutz gegen staatliche Übergriffe, und mit  
„öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen „Verbraucherschutz“  
 durch Rechtsanwälte des Klägers, verantwortlich für  
 Soziale Zerschlagung mit Eskalation von verfassungswidrigen Sozialversicherungen zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diffamierung und sozialer Aussperrung, mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit einem ehemaligen Mitglied der Bundesregierung (heute SCHUFA-Vorstand für Politik und „Datenschutz“)  
**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessische Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,  
 Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,  
 Congressleiter ONLINE 1999  
 > > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE__99.pdf)  
 > > > Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99  
**Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz:**  
 Kein Datenschutz ohne Opferschutz > > > **Datenschutz-Skandal** durch Täter/Opfer-Umkehr  
 Opfer wird zum Täter kriminalisiert > > > **Datenschutz-Skandal** durch Opferkriminalisierung-Wahnsinn  
 Ohne Rehabilitierung und Schadenersatz > **Datenschutz-Skandal** durch judikativen Boykott und durch staatsanwaltliche Sabotage,

durch „öffentlichen Hass im SCHUFA-Netz“ unter Vortäuschung von „Verbraucherschutz“.

**Datenschutz-Skandal:** Datenschutz ohne Opferschutz mit „Hass im SCHUFA-Netz“ ausgehebelt durch Kumpanei von weisungsgebundenen Staatsanwälten, RAe des klagenden Sozialversicherungsträgers und durch Mitglied der beklagten Bundesregierung unter Altbundeskanzlerin (SCHUFA-Vorstand).

**Maximaler Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung:** Opferdaten werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges Verweigern von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen.

**Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide**

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

**ausschließlich verursacht durch**

über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2010 (70.Lebensjahr) nach Niederschlagung von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

jetzt (2024) gegen Rentner im 83.Lebensjahr

mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit den Europäischen Congressmessen für digitales Innovationswachstum

**Datenschutz:** Opfer ist kein Täter, Kläger und seine Rechtsanwälte sind Mittäter von politisch motivierter Zerschlagungen und daher zu verurteilen, Zu verurteilen: Von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 bis zu sozialer Aussperrung mit „öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen Verbraucherschutz, ohne Opferschutz mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

> Ekelhaft: Opfer-Verhöhnung ohne Respekt vor Grundrechten (Art.1 Abs.1 GG u.a.), massive Verletzung des Europäischen Menschenrechts auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK

Zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Vorrang für grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art. 34 GG.

**LSG-53. > 75 Jahre Grundgesetz >**

**Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum**

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (Krankenversicherung und Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (70.Lebensjahr)

mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr

bis zu sozialer Aussperrung und

mit Opferkriminalisierung-Wahnsinn

zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“

Kläger verantwortlich für verfassungswidrige Sozialversicherungen und für Sabotage von Rehabilitierung und

Schadenersatz mit Gerichte übergreifenden,

seit 2011 andauernden Nonstop-Gerichtsverfahren wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen

mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen.

Aufteilung der Gerichtsverfahren auf Sozialgericht (Pflegeversicherung) und Amtsgericht (Krankenversicherung) ohne Sinn, weil gleiches Rechtsverhältnis,

nur um mit einer Maximierung von Gerichtsverfahren soziale Zerschlagung und effektiven Beitrag zu politisch motivierter Zerschlagung zu leisten.

**Soziale Zerschlagung ist Teil der**

**politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998,**

**erzwungen unter persönlicher Verantwortung von**

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

mit Wissen aller Staatsorgane  
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer  
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks  
mit Wissen aller Intendanten,  
unter Beteiligung des Klägers mit Unterstützung durch weisungsgebundene  
Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern für Missbrauch von  
verfassungswidrigen Sozialversicherungen für politisch motivierte  
Zerschlagung.

Mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an  
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012),  
mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage  
von Verfahren für Rehabilitation und und Schadenersatz  
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG,  
nach Verhinderung von Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen  
mit

[Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für  
digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa.](#)

[Opfer verhöhrender Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung:](#) Opferdaten  
werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges und  
andauerndes Verweigern von rechtlichem Gehör zu über 25 Jahre politisch  
motivierten Zerschlagungen mit kapitalen Vermögensschäden, Todesopfer,  
Freiheitsberaubung mit Psycho-Terror, Polizei-Terror, mit Missbrauch von  
Mahnverfahren, Mahnbescheiden, Bußgeldverfahren, mit Gerichte und  
Instanzen übergreifender Rechtsbeugung, mit krimineller Rentenplünderung  
für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto  
(zum Schutz gegen staatliche Übergriffe gegen Rentner im 83. Lebensjahr).

**Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide**

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

**Rechtsverhältnis ohne Bedeutung, wenn in Rechtsanwendungen  
Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden  
Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach  
Art.20 Abs.4 GG anzunehmen:**

**Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben  
alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht  
möglich ist.**

**Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und  
grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig**

**Brutal verfassungswidrige Rechtsbescheide im Doppelpack mit  
deckungsgleicher Argumentation sind entschieden  
zurückzuweisen.**

**Alle Kosten dem Kläger anzulasten. Strafrechtliche Untersuchung der  
Vorgänge unter Verantwortung der Klägerseite und der  
weisungsgebundenen Staatsanwälte ist der Zukunft des Grundgesetzes  
geschuldet.**

**Anwendungen von Vertragsrecht ohne Respektierung von  
Grundrechten sind verfassungswidrig, also ohne Rechtskraft.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 20.Juli 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-  
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu**

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024  
(eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024  
(eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des  
Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der  
Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den  
Reichsbürgerschwachsinn einzugehen“

**LSG-54.** Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und

L 5 P 105/24 im Kontext von

Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen  
am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am  
Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-  
Strafverfahren), am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige  
Mahnverfahren),  
am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und  
am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-  
Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige Mehrfach-  
Gerichtsbescheide.  
Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung hat sich  
nicht erlaubt, sondern ist gezwungen,  
verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines  
Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf zusammenzufassen zu  
einem Berufungsverfahren mit 2 Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P  
105/24) wegen einheitlicher Begründung,  
um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem fortgeschrittenem  
Lebensalter ohne rechtsanwaltliche Unterstützung zu leisten und eine  
qualifizierte Abwehr gegen Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre  
Abwehrfunktionen nicht respektiert werden.  
Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und  
Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und  
Schadenersatz beklagten Bundesregierung:  
Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer  
Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht  
im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem  
Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen  
grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach  
Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an  
Beweismittel und Zeugen.  
> > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte  
mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung  
unterdrückt wird.  
**LSG-55.** > > Antrag auf Zeugenvernehmung wegen  
Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz:  
**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessischer Beauftragter für  
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,  
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,  
Congressleiter ONLINE 1999, zuständig für Widerspruchsverfahren im  
SCHUFA-Netz  
> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf)  
Leiter von Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und  
Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes (ISBN 3-89077-195-  
5): Telekommunikations-Sicherheit & Helpdesk-Management  
**Europäisches Menschenrecht auf Datenschutz (Art.8 EMRK)**,  
**Datenschutz** ist ein weltweites Grundrecht – Allgemeine Erklärung der **Menschenrechte**  
der Vereinten Nationen, Artikel 12.  
Datenschutz-Skandal: Datenschutz basiert auf Richtigkeit und Integrität der  
Daten. Opfer-Daten mit hohem Schutzbedarf werden hier mit Nonstop-  
Bußgeldverfahren und sozialgerichtlichen Verfahren seit 2011 absichtlich  
zu Täterdaten transformiert,  
> weil mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott  
Rehabilitierung und Schadenersatz für 25 Jahre politisch motivierte  
Zerschlagungen verhindert werden und dadurch Opferdaten mit hohem  
Schutzbedarf in Täterdaten verfälscht werden (Datenverfälschung),  
> weil politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung durch  
Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte fortgesetzt  
werden, dies Gerichte übergreifend und außergerichtlich z.B. mit „Hass im  
SCHUFA-Netz“, mit Psycho-Terror, mit Polizei-Terror, zweimal mit  
Freiheitsberaubung u.a. nach Bedarf  
> weil durch soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen  
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010  
Menschenrechte mit Füßen getreten werden,  
> weil soziale Zerschlagung mit sozialer Diskreditierung, sozialer

Ausgrenzung, sozialer Diskriminierung mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen befeuert und maximiert wird  
> weil Rentenplünderungen (über 500 € pro Monat) gegen einen Rentner im 83.Lebensjahr erzwungen werden, wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen, durch Helfer von weisungsgebundenen Staatsanwälten, unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung auf einem Pfändungsschutzkonto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen, dies auch entgegen den Abwehr-Funktionen der Grundrechte. Sieh Anlage LSG-30 Seite 2

**Leihgabe** aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete 1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99**, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von

**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

**Schriftsatz vom 03.Sept. 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit wiederholter Anmahnung auf Respektierung der Wahrheit und der Grundrechte gegen hemmungslose Eskalation von sozialer Zerschlagung (Faktenlage) und Stellungnahme zu**

**Anlage LSG-31**

**Benachrichtigung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 05)

**Anlage LSG-32** mit Anlage VB-2412

**Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024**

**(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

**> 75 Jahre Deutsches Grundgesetz**

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.**

**LSG-56. Faktenlage:**

**Soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),**

**um Rehabilitierung und Schadenersatz zu unterdrücken:**

**Gerichte übergreifende Nonstop-Gerichtsverfahren, alle wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-Strafverfahren),**

**am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige Mahnverfahren),**

**am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung)**

**und**

**am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-Berufungsverfahren)**

**alle erzwungen mit über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern**

**Faktenlage:**

**Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung von verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang**

**Versicherungsleistungen seit 2010 zu sozialer Zerschlagung im**

**83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß  
ohne eine Chance für Rehabilitierung und Schadenersatz  
trotz 75 Jahre Deutsches Grundgesetz !!!**

**Verfassungswidrige Mahnbescheide erzwungen**, weil  
soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen  
(alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen): Anlass für neues  
Gerichtsverfahren am Sozialgericht (Anlage VB-2412 b)

**Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal erzwungen**, daher  
**Antragswiederholung auf Zeugenvernehmung wegen**

Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz:

**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessischer Beauftragter für  
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020

(Anlage LSG-31, Kapitel LSG-55 mit Anlage LSG-30))

Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten  
und von weisungsgebundenen Staatsanwälten (beide verantwortlich für  
verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz) zugemüllt

**Daher > > > Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

> **75 Jahre Deutsches Grundgesetz**

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser  
Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit  
verfassungswidrigem Übermaß.**

**Anlage LSG-32 (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 mit Anlage VB-  
2412 a und b)**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 18)

**Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-  
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu untauglicher Fortsetzung  
eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen**

> > > **Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

**Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit  
2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen  
Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen  
seit 1998 Faktenlage)**

> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024  
(eingegangen am 17.09.2024)

mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter  
Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem  
Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz  
und Güteverhandlung wegen

politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich  
sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen  
für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in  
dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert  
werden.

**Datenschutz** ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch  
internationales Menschenrecht.

**Daher Antrag auf Gerichte übergreifende Güte-Lösung für  
grundgesetzlichen nach Art.34 GG**, weil das Zerschlagungsoffer im  
83.Lebensjahr nicht mehr in der Lage ist, simultan, Gerichte und Instanzen  
übergreifend, Tag und Nacht, pausenlos, ohne Unterbrechung an  
Weihnachten, an Ostern, an Wochenenden und ohne Urlaub seit 2010 für  
die Justiz zu arbeiten:

**dank judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage des  
grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und  
Güteverhandlung gemäß Art.34 GG unter Weisungsdruck der zu  
beklagenden Bundesrepublik seit 2010 nach Petitionen an den  
Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag.**

**LSG-57. Faktenlage: 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und  
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

seit 1998, Gründungsjahr von Google,  
mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,  
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im  
83.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß und mit einem  
Datenschutz-Skandal.

**Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 33)

**Schriftsatz vom 18.Okt.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen**

Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 gegen Bundesrepublik Deutschland am Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

**LSG-58. Faktenlage (Fortsetzung):**

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und

über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen

Sozialversicherungen

mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr, mit

mehrfacher Freiheitsberaubung,

mit verfassungswidrigem Übermaß mit Rentenplünderung-Skandal und mit

Datenschutz-Skandal.

Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 49)

**Schriftsatz vom 16.Dez.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen**

vorzeitiger Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit neuer

Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 gegen

Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und angemessene

Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und

Mehr-Richter-Verfahren

**LSG-59. Faktenlage (Fortsetzung):**

Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google:

**Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales**

**Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von**

**politisch motivierten Zerschlagungen! Auch in Zukunft. Daher Vorrang**

**für Rehabilitierung und angemessenen Schadenersatz**

**wegen Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in**

**Bayern, und**

**über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

**Sozialversicherungen**

**mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im**

**84.Lebensjahr, mit mehrfacher Freiheitsberaubung,**

**mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung,**

**Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.**

**Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG für Grundrechte**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 69)

**Schriftsatz vom 14.Feb.2025 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen**

vorzeitiger Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 auf Rehabilitation und Schadenersatz mit neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 gegen Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitation, Schadenersatz und angemessene Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

**LSG-59. Faktenlage** (Fortsetzung vom 4.2.2025 bis BVERFG-417.):

**Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz und**

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

**seit 1998, Gründungsjahr von Google:**

Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen! **Auch in Zukunft. Daher Vorrang für Rehabilitation und angemessenen Schadenersatz wegen Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und**

**über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen**

**mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im**

**84.Lebensjahr,**

**mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.**

**Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG für Grundrechte**

**Gegen Opferkriminalisierung-Wahnsinn und Schadenersatz-Sabotage-Wahnsinn durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt (Anlage LSG-42, LSG-41)**

**LSG-60. In Gedenken an Bundespräsident a.D. Horst Köhler**

**Berufungskläger in Trauer zu**

**9.Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland**

**Horst Köhler, verstorben am 01.Feb.2025.**

**Wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit einem im Gerichtsbezirk total atypischen Familien-Unternehmen! Mit jährlichen, nachhaltigen Weltklasse-Veranstaltungen in den größten Congress Centren Deutschlands. Voll digitalisiert im Jahr 2000.**

Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

**Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen:**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 90)

**Schriftsatz vom 07.März.2025 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen**

Kein Weiter so in Gedenken an zwei hochgeschätzte Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten anlässlich der Übertragung der Berufung in den Beschlüssen der beiden Berufungsverfahren L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24 und Stellungnahme zu den Beschlüssen vom 20.02.2025

**LSG-61. Zielführend: Ganzheitliche Problemlösung ohne**

**Inanspruchnahme des Bundessozialgericht**

> **Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?**

> **Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung**

**75 Jahre Deutsches Grundgesetz und**

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen  
seit 1998, Gründungsjahr von Google,  
> über 15 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen  
Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer  
Zerschlagung im 84. Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß von  
2x Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit  
Datenschutz-Skandal u.a.m.

Wendepunkt für Deutschland, sich ehrlich zu machen:  
Berufungskläger hat grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung  
und Schadenersatz (Art. 34 GG).

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,  
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an  
seinem Lebenswerk nachgewiesen,  
in besonderen Gedenken an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte  
Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und  
einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer zwischen  
Ost und West**

**Kapitel 161. Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen  
seit 1998, dem Gründungsjahr von Google**  
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen  
für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis  
2001

**mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum  
Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023  
Digitalisierungsnotstand in Deutschland)**

Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000  
im 60. Lebensjahr des Zerschlagungsopfers  
unter **persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard  
Schröder (1998-2005),**

unter **persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela Merkel  
(2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert,**  
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

**Totales Justiz-Versagen und enormes Staatsversagen**

zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz ständiger Klagen auf  
Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011

**Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen  
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-  
Spitzenwachstum**

> **Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1)** mit Erzwingung durch  
verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000

> **Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Todesopfer (2012) und  
Nachlassinsolvenz**

unter **persönlicher Verantwortung** des heutigen bayerischen  
Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin nach  
zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den  
Bayerischen Landtag in 2010

> **Zerschlagung mit willfährigen Intendanten des Öffentlich-rechtlichen  
Rundfunks seit 1998 (Z3)** mit Rückendeckung durch das  
Bundeskanzleramt

> **Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger  
Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen  
Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (Z4)**  
unter Weisungsdruck des Bundeskanzleramts

> **Zerschlagung mit ständigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011  
unter weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Hilfe  
verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z5)** ohne Zugang zu  
Versicherungsleistungen seit 2010,

mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender Pfändung von  
Rechtsanwaltskosten bis zum Limit ohne jeden Pfändungsbeschluss für  
verfassungswidrige Krankenversicherung des Sozialversicherungsträgers,  
gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle  
Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,

**mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps** mit JVA-Service für  
weisungsgebundene Staatsanwälte gegen Rentner im Schlafanzug,  
**mit Polizei-Terror bei Dunkelheit** auf umfriedeten Grundstück vor  
Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,

**mit Psycho-Terror** durch Obergerichtsvollzieher(in),  
**mit Schadenersatz-Sabotage** durch weisungsgebundene Staatsanwälte,  
> Weisungsbefugnis und Weisungsdruck des beklagten  
**Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt**, dieses  
vertreten vom Kanzleramtsminister,  
> **mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz, durch**  
**Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München (BfJ), durch**  
**Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe**  
> mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010  
> mit kapitalen Vermögensschäden  
> mit erdrückender Beweislage und Dokumentation  
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf>  
Scroll down after link (page 361)  
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>  
Scroll down after link (page 123)